

INTEGRAS

Fremdplatzierung

... denn wir wissen was wir tun

**Plattform Fremdplatzierung. Tagung 2014
Referate**

Placement extrafamilial

... car nous savons ce que nous faisons

**Plate-forme de placement extrafamilial
Colloque 2014
Conférences**

Inhalt

Nicole Bruggmann

Das Geheimnis kluger Entscheidungen – Wer sie trifft – und wen sie betreffen 3

Les secrets d’une décision judicieuse – Qui décide? Qui est concerné? . . . 9

Stefan Blülle

Kinder und Jugendliche platzieren – Ein Handlungsleitfaden für platzierungsbegleitende Fachpersonen 11

Placement d’enfants et de jeunes – Guide d’action destiné aux professionnels qui accompagnent les placements 18

Andrea Mauro Ferroni

Soziale Aufgaben gestalten – Eine Frage der Rahmenbedingungen?! . . . 20

Aménagement des tâches sociales – Une question de conditions cadre?! 25

Chantal D. König

Tragfähigkeit! Aber wie? Von der Kooperationsfähigkeit zur Flexibilität 26

Qualité et stabilité, oui mais comment? De l’aptitude à coopérer vers la flexibilité 34

Claudia Matti

Qualité et stabilité, oui mais comment? L’exemple de la Fondation Petitmaitre à Yverdon-les-Bains 36

Tragfähigkeit, aber wie? Beispiel der Stiftung Petitmaitre in Yverdon-les-Bains 41

Arnaud Frauenfelder

«Enfants en danger» et normes de parentalité – Enquête dans les coulisses de la protection de l’enfance 43

Kinder in Gefahr und Normen der Elternschaft 57

Autorinnen und Autoren

Auteurs 58

Nicole Bruggmann

Das Geheimnis kluger Entscheidungen Wer sie trifft – und wen sie betreffen

Als erstes möchte ich mit Ihnen anschauen, was in unserem psychischen System geschieht, wenn wir Entscheidungen treffen.

Die zwei Systeme der Handlungssteuerung

Im Alltag sprechen wir davon, dass es zwei Arten von Entscheidungssystemen gibt, den Kopf und den Bauch. Antonio Damasio (1995) konnte zeigen, dass es diese Polarität von Denken und Fühlen, Körper und Geist, so nicht gibt. Nach ihm gibt es aber sehr wohl zwei Systeme in unserer Psyche, die unser Handeln steuern, die Handlungsimpulse auslösen. Wenn wir Entscheidungen zu treffen haben, sind in unserem Gehirn im Wesentlichen diese zwei handlungssteuernden Systeme beteiligt, die auf sehr unterschiedliche Weise arbeiten.

Das eine der beiden Entscheidungssysteme – man könnte auch von Beurteilungs- oder Bewertungssystemen sprechen – beruht auf der bewussten analytischen Intelligenz, das andere auf der unbewussten intuitiven Intelligenz, welche wiederum das emotionale Erfahrungsgedächtnis als Kern hat.

Das emotionale Erfahrungsgedächtnis ist in anderen, stammesgeschichtlich älteren Gehirnteilen angesiedelt, im limbischen System, und diese beginnen schon ab der fünften Schwangerschaftswoche zu arbeiten. Gehirnteile, die für bewusstes Gedächtnis zuständig sind, beginnen dagegen erst ab anderthalb Jahren zu arbeiten. Neurowissenschaftlich erklärt: Der Hypocampus ist erst ab 1,5 Jahren so ausgereift, dass er arbeiten kann.

Interessant sind vor allem die neuen Erkenntnisse zum emotionalen Erfahrungsgedächtnis, deshalb schauen wir uns das genauer an:

Das emotionale Erfahrungsgedächtnis

Das emotionale Erfahrungsgedächtnis speichert alles, was dem Organismus seit der fünften Schwangerschaftswoche widerfahren ist und was relevant für ihn war. Es verknüpft dabei bestimmte Klassen von Reizen und sozialen Situationen mit bestimmten Arten und Intensitäten von Körperzuständen und bewertet diese.

Die Speicherung geschieht nach einem dualen Prinzip mit nur zwei Bewertungskategorien:

+	–
gut für mich: wieder hin gehen	schlecht für mich: zukünftig vermeiden

Es ist also alles in Form von neuronalen Netzwerken gespeichert, was Ihnen seit der fünften Schwangerschaftswoche widerfahren ist, was wichtig, bemerkenswert war und es ist bewertet, ob es gut oder schlecht für Sie war.

Die Intensität des + oder – kann verschieden sein, je nach Stärke der Erfahrung.

Das emotionale Erfahrungsgedächtnis funktioniert nach dem Ähnlichkeitsprinzip und scannt die Umgebung permanent nach Bekanntem ab. Es kann dabei irrsinnig schnell Riesenmengen von Daten verarbeiten. Erkennt es in einer Situation eine bekannte Erfahrung (über ein Bild oder einen Reiz), wird auch die damit verbundene Bewertung aktiviert. Diese löst im Körper

Bewertungs-Signale aus, die wahrnehmbar sind als:

- Emotion (z. B. Freude, Leichtigkeit, Angst) oder als
- Körpersensation (z. B. Wärme, Kribbeln, Übelkeit) oder als
- Mischform.

Deshalb nennt Damasio diese Signale *somatische Marker*. Dieser Begriff bezeichnet Empfindungen, die den Körper betreffen («soma» = griechisches Wort für Körper) und die ein Vorstellungsbild kennzeichnen oder «markieren».

Jede Erfahrung wird also begleitet von Bewertungsempfindungen, aber auch von Körperzuständen: Jedes Erfahrungsnetzwerk ist verbunden mit einem ganzen Konzert von Anspannungs- und Entspannungs-Zuständen von Muskelfasern im Körper, welche auch neuronal gespeichert sind und blitzschnell aktiviert werden. Wenn eine Erfahrung über ein Bild oder einen Reiz aktiviert wird, kommt ein somatischer Marker in 150–200 Millisekunden. Diese somatischen Marker und damit die mit ihnen verbundenen inneren Bilder steuern das Vermeidungs- und Annäherungsverhalten.

Weil positiver und negativer Affekt von verschiedenen Systemen im Körper ausgelöst werden, sind auch gemischte Gefühle möglich.

Das emotionale Erfahrungsgedächtnis ist also das Reservoir unserer Lebenserfahrungen, durch das wir schnellen Zugriff auf eine Vielzahl persönlich kategorisierter Erkenntnisse haben. Das emotionale Erfahrungsgedächtnis funktioniert präverbal, vorsprachlich: Es arbeitet nicht mit Worten, sondern mit somatischen Markern. Es «spricht» eine Bilder- und Gefühlssprache.

Die somatischen Marker sind die «Sprache» des emotionalen Erfahrungsgedächtnisses.

- Sie beruhen auf Erfahrungen in Form von gelernten Verbindungen von Vorstellungsbildern mit Gefühlen und Empfindungen.
- Sie werden aktiviert, wenn die entsprechenden Erfahrungen im Unbewussten über Bilder oder Sinnesreize aktiviert werden.
- Sie geben zuverlässig Auskunft darüber, was für uns wirklich von Relevanz ist.
- Sie beruhen auf einer Erfahrung, die uns zeigen will, was gut und was schlecht für uns war. Sie sind somit ein Kompass im Leben.

Damasio geht sogar noch weiter: Er bezeichnet das emotionale Erfahrungsgedächtnis als ein evolutionäres Bewertungssystem, das sich als Organ etabliert hat und das wir alle haben. Es ist ein erfahrungsbasiertes Überlebenssystem, mit dem Organismen sehr schnell beurteilen können, ob auftretende Situationen gut oder schlecht für sie sind. Jeder auch noch so einfache Organismus verfügt über dieses System, auch Tiere.

Und damit kommen wir zur Metapher, die Maja Storch für dieses System verwendet: Zur besseren Veranschaulichung dieser komplexen Vorgänge benutzen wir die Metapher des Strudelwurms. Das ist ein ganz einfacher Organismus, er hat ein aufnehmendes und ein ausscheidendes Organ und ein paar Nerven, die nur dafür sorgen, den Impuls zum wegschwimmen zu geben, wenn es dem Wurm unwohl wird oder den Impuls zum drauflos schwimmen zu geben, wenn etwas Positives auftaucht. Stellen Sie sich das Strudelwürmchen in irgendeinem prähistorischen Gewässer vor: Wenn ein Schatten drauf gefallen ist, haben diejenigen Strudelwürmchen überlebt, die am schnellsten die beste Entscheidung getroffen haben, also jene, die die beste Situationsauffassung hatten, ob der Schatten ein Plankton oder die Zungenspitze eines Dinosauriers ist. Auf diese Weise hat sich laut Damasio dieses System der Emotionen als Überlebensmechanismus in der Evolution fortgepflanzt. Das haben wir also mit Tieren gemeinsam: Über Gefühle Situations-

bewertungen vorzunehmen und danach zu bewerten, ob sie gut oder schlecht für uns sind.

Solche bewertende Signale haben wir alle, nicht alle nehmen sie aber gleich gut wahr. Damit man sie für sich nutzen kann, ist es wichtig, dass man das eigene Signal-System gut kennt und gut wahrnimmt.

Kurze Selbstreflexion:

Wie und wo im Körper spüren Sie somatische Marker

- wenn Sie angegriffen werden, ungerechtfertigt kritisiert und im Selbstwert verletzt werden?
- wenn Sie aufgeregt sind auf ein Ereignis, z. B. vor dem ersten Rendez-vous, wenn Sie jemanden jetzt dann positiv überraschen können oder die Erfolgsbilanz ihres Projektes präsentieren dürfen?

- wenn Sie eine unangenehme Entdeckung machen und erschrecken?
- wenn Sie unerwartet vor anderen für Ihre Leistung gelobt werden?

Forscher schätzen, dass wir zu ca. 90% vom Unbewussten gesteuert sind. Wichtige Voraussetzung für ein zufriedenes Leben ist demnach eine gute Selbstwahrnehmung: Es ist wichtig, die uns leitenden Impulse, die somatischen Marker, zu erkennen. Erst, wenn sie uns bewusst sind, können wir entscheiden, wie wir mit ihnen umgehen wollen.

Somatische Marker können auch verdeckt wirken, das heißt, sie müssen nicht bewusst wahrgenommen werden (Intuition). Sie sind aber meist deutlich sichtbar (Erröten, Stimme, Haltung, Lächeln). Das ist ganz besonders in Beratungsprozessen hilfreich!

Vergleich der beiden Intelligenz-Systeme:

Analytische Intelligenz:	Intuitive Intelligenz:
<ul style="list-style-type: none"> • Verarbeitet langsam und nacheinander schrittweise (analog, seriell, sequenziell) einzelne Informationen und nur begrenzte Datenmengen. • Ergebnis des Verarbeitungsprozesses: Sprachlich fassbare Gedanken, die präzise und bewusst sind. • Entweder-oder-Blick: Erkennt Einzelheiten genau, macht es aber schwierig, das Ganze im Blick zu behalten. • Richtig / Falsch – Bewertung (logisch) • Reflexionsgesteuert: Kann vorausschauende und vergangene Aspekte mit der Gegenwart verbinden und arbeitet so kontrolliert und auf lange Sicht. • Hochkompliziertes System, das mit Anstrengung verbunden und störungsanfällig ist. Ist daher von Tagesform, äusseren Umständen und optimalen Umgebungsbedingungen abhängig. 	<ul style="list-style-type: none"> • Verarbeitet vernetzt-parallel und schnell riesige Datenmengen. Ganzheitliche Mustererkennung, reagiert auf Bilder. • Ergebnis des Verarbeitungsprozesses: Diffuse Gefühlsimpulse, die sich unpräzise und präverbal über somatische Marker äussern. • Sowohl-als-auch-Prinzip: Intelligente Form von Intuition, bei der «an alles gedacht wird, ohne an alles denken zu müssen». • Gut / Schlecht – Bewertung; gefällt mir oder gefällt mir nicht (hedonistisch) • Reizgesteuert: Befasst sich mit dem Hier und Jetzt, funktioniert nach dem Lustprinzip, sucht («scannt») unmittelbare Umgebung nach Möglichkeiten zur Befriedigung von Bedürfnissen ab. • Stabiles System, das zuverlässig, automatisch und mühelos funktioniert und kaum stöbar ist. Deshalb wird unser Handeln vorwiegend vom Unbewussten gesteuert.

Was geschieht in Entscheidungssituationen mit diesen beiden Systemen?

Sobald eine Entscheidung ansteht, erzeugt das Gehirn automatisch Vorstellungsbilder von möglichen Szenarien. Das geschieht sehr schnell und unbewusst. Diese Szenarien lösen Körpersignale aus, positive oder negative somatische Marker. Die Frage ist nun, was wir mit diesen Impulsen aus dem Unbewussten machen. Wir haben zwei Möglichkeiten, eine Entscheidung zu treffen:

1. Wenn eine Entscheidung ansteht, gibt uns der Wurm immer ein Signal für das, was unmittelbar gute Gefühle auslösen würde. Wir können unseren Strudelwurm-Impulsen folgen und entscheiden uns für das, was im Unbewussten unmittelbar gute Gefühle auslöst.
2. Manchmal kommt der Wurm aber zu einer anderen Situationsbeurteilung als der bewusste Verstand und fällt eine andere Entscheidung als die Logik, beispielsweise wenn wir wissen, dass ein medizinischer Untersuchungsbedarf ist, was dem Wurm aber nicht gefällt. Im Unterschied zu Tieren haben wir Menschen dafür eine spezielle Fähigkeit: Wir können unseren Wurm mit dem Verstand würgen. Wissenschaftlicher ausgedrückt: Mit dem Cortex können wir Impulse aus dem Unbewussten hemmen (ignorieren oder übergehen) zugunsten von vernünftiger oder langfristiger Planung. Es gibt Entscheidungen, die muss man nur rational angehen.

Wichtig sind beide Arten von Entscheidungsfindung, beides muss gelernt werden. Variante 1 bedingt, dass ich somatische Marker überhaupt spüre, dass ich also über die Fähigkeit zur Selbstwahrnehmung verfüge. Aber auch Variante 2 ist wichtig, und wir tun unseren Kindern einen Gefallen, wenn wir ihnen beibringen, auch einmal etwas tun zu können, das nicht eigenen Bedürfnissen entspricht.

Aber Achtung: Beide Entscheidungsformen haben Vorteile, aber auch ihre Tücken.

Entscheiden mit der unbewussten intuitiven Intelligenz

Vorteil: Diese Entscheidungsfindungen geschehen schnell und mühelos, sie ersparen uns die Durchmusterung einer Fülle von Einzelheiten und Fakten. Diese Entscheidungen sind gut abgestimmt mit unserem Erfahrungswissen und unseren Gefühlen und sorgen unmittelbar für Wohlbefinden.

Nachteil: Wir wissen nicht, ob diese bisherigen Erfahrungen auch für die Beurteilung der vorliegenden Situation hilfreich sind. Und wir wissen nicht, auf der Grundlage welcher Vorstellungsbilder allenfalls negative Intuitionen entstanden sind. Das Unbewusste hat ja nicht einfach Recht, es beruht lediglich auf gemachten Erfahrungen, und diese Erfahrungen können uns auch behindern oder unpassend ausgelöst werden. Zudem lebt der Strudelwurm im Hier und Jetzt und will unmittelbar vorhandene Bedürfnisse befriedigen. Langfristige Bedürfnisbefriedigung hat er nicht im Blick. Wenn wir immer nur momentane Bedürfnisse nach dem Lustprinzip befriedigen, sitzen wir irgendwann in der Sackgasse.

Entscheiden mit dem bewussten Verstand

Vorteile: Entscheidungen sind rational begründbar und durchdacht. Auch langfristige Ziele bleiben im Blick. Unabhängigkeit von diffusen momentanen Gefühlen.

Nachteile: Der bewusste Verstand hat eine begrenzte Kapazität. Wenn er Entscheidungen mit mehr als zwei Faktoren berücksichtigen muss, kommt er an seine Grenzen und ist überfordert. Bei komplexen Entscheidungen sind deshalb unter Umständen nicht alle wichtigen Faktoren berücksichtigt.

Wenn es aber um Entscheidungen vor allem für sich selber geht, fallen noch weitere Nachteile ins Gewicht: Dauerhafte Vernachlässigung eigener Bedürfnisse macht erwiesenermaßen krank. «Chronische Wurmwürgung», wiederholte Missachtung von eigenen Bedürfnissen, ist verant-

wortlich für viele psychische Krankheiten, wie zahlreiche Studien zeigen. Und: Entscheidungen mit dem bewussten Verstand und gegen unser Unbewusstes sind nur geeignet für kurzfristige Vorhaben, weil der bewusste Verstand schnell müde wird und bei langen Projekten versagt.

Wenn wir Entscheidungen zu treffen haben, die weitreichende Folgen haben, die also auf Langfristigkeit angelegt sind oder tief in unsere Persönlichkeit eingreifen, sind rein vernünftige Entscheidungen wertlos, wir werden sie nicht umsetzen und sind entsprechend frustriert. Bei langfristigen Vorhaben muss der Wurm mit ins Boot, anders geht es nicht. Das Geheimnis, wie kluge Entscheidungen zustande kommen, liegt damit auf der Hand:

Es besteht darin, beide Systeme und damit auch die Vorteile beider Systeme zu nutzen. Dafür müssen wir die bewusste analytische und die unbewusste intuitive Intelligenz zu synchronisieren versuchen. Das bedeutet, dass sowohl die Impulse aus dem Unbewussten als auch Gedanken aus dem bewussten Verstand eine gleichberechtigte Stimme haben und ernst genommen werden. Es wird nach einer Entscheidung gesucht, die beidem gerecht wird.

Wie machen wir das? In Entscheidungssituationen lenken somatische Marker die Aufmerksamkeit automatisch auf heikle oder günstige Wahlmöglichkeiten, auf die relevanten Elemente von Szenarien. Das erleichtert uns die Durchmusterung einer Fülle von Einzelheiten. Mit dem bewussten Verstand müssen wir dann aber überprüfen, woher diese somatischen Marker kommen und ob sie für die gegenwärtige Entscheidungssituation auch wirklich relevant und hilfreich sind. Prozesse der rationalen Entscheidungsfindung werden durch somatische Marker also unterstützt, jedoch nicht ersetzt.

Ich könnte an dieser Stelle jetzt einen Tag darüber referieren, wie, auch mit welchen Hilfsmitteln, diese Synchronisierung genau bewerkstel-

ligt werden kann. Dies würde den Rahmen aber sprengen und ich möchte für **Entscheidungen im professionellen Umfeld** für den Moment nur mal dies festhalten:

1. Weil unser Unbewusstes viel schneller als der bewusste Verstand und zudem ohne Anstrengung funktioniert, werden die meisten Entscheidungen vorwiegend von unbewussten Impulsen gesteuert. Es ist schon viel gewonnen, wenn Sie im Alltag Ihre Entscheidungen durch die Brille dieses Wissens betrachten – und sich in Zukunft vielleicht mehr im Klaren sind, dass unsere Beurteilung der Situation nicht immer so rational begründet ist, wie wir meinen, sondern weitgehend auf unseren unbewussten Erfahrungen beruht. Es ist hilfreich, wenn wir uns dieser intuitiven Gefühle bewusst werden.
2. Wenn mehrere Gehirne an einer Entscheidung beteiligt sind, wird diese sicher besser und ausgewogener, jedoch nur dann, wenn eine Kultur herrscht, in der Intuitionen Einzelner ernst genommen und gemeinsam rational überprüft werden. Damit haben wir Zugriff auf viele und verschiedene Erfahrungsschätze, können aber leichter erkennen, was davon hilfreich ist. Ich plädiere für eine Teamkultur, in der – vor allem bei Entscheidungsfindungsprozessen – beide Intelligenzen gleichermaßen akzeptiert sind, gepflegt und geachtet werden.

Wir haben jetzt immer von uns selber in Entscheidungssituationen gesprochen. Ich möchte den **Fokus aber auch noch auf unsere Klientinnen und Klienten** richten. Nach den vorherigen Ausführungen sollte klar geworden sein, dass unsere Entscheidungen für unsere Klientel, die ja meist auf Langfristigkeit angelegt sind oder tief in ihre Persönlichkeit eingreifen, wertlos sind, wenn sich unsere Klientinnen und Klienten nicht auch selber mit Unterstützung ihres Unbewussten für eine Massnahme entscheiden können. Diese Entscheidung darf nicht nur vom

bewussten Verstand her geschehen, sondern es ist unbedingt notwendig, dass sie auch von ihrem Unbewussten unterstützt wird. Meistens ist es aber im besten Fall so, dass das Unbewusste unserer Klientel überhaupt nicht involviert ist und sie sich völlig passiv verhalten. Oder sie stimmen mit dem bewussten Verstand einer Entscheidung zu, ihr Unbewusstes ist aber anderer Meinung und deshalb im Widerstand.

Was braucht es, damit Veränderungen gelingen? Wir brauchen nicht nur das «vernünftige, gedachte Ja» ihres bewussten Verstandes, sondern vor allem auch das «gefühlte Ja», das dann entsteht, wenn das Unbewusste erkennt, dass eine Entscheidung sinnvoll ist und auch wichtige unbewusste Bedürfnisse berücksichtigt. Unsere Klientinnen und Klienten müssen einen persönlichen Sinn für sich spüren können. Wie kann aber das Unbewusste erkennen und spüren, was sinnvoll ist? Erinnern wir uns: Wir sind vorwiegend von unserem Unbewussten gesteuert und das Unbewusste spricht eine Bilder- und Gefühlssprache. Wenn wir Klientinnen und Klienten eine Massnahme verordnen, ist für uns Fachpersonen meist klar und vermeintlich «selbstverständlich», was der Zweck und der Vorteil dieser Massnahme oder Veränderung ist. Unser Klientel sieht aber im wahrsten Sinne des Wortes nicht ein, was dies ihnen bringen soll, weil sie sich kein Bild der Konsequenzen einer Entscheidung machen können. Aussagen wie «Das ist für Ihre Zukunft wichtig!» sind abstrakt und nicht abbildbar und können vom Unbewussten deshalb nicht «erkannt» und verstanden werden. Oder die Klientinnen und Klienten haben negative Bilder und Befürchtungen im Kopf und lehnen eine Massnahme deshalb ab.

Das Unbewusste unserer Klientel braucht also realistische Informationen über die Konsequenzen einer Entscheidung. Deshalb ist es für sie hilfreich, wenn wir die Zusammenhänge aussprechen und unsere Gedanken transparent machen. Und diese Informationen müssen bildhaft

vermittelt werden, wenn wir Klientinnen und Klienten auf der Ebene des Unbewussten erreichen wollen.

Zum Beispiel: *Weg mit seinen zukünftigen Folgen, mit oder ohne Massnahme, in sehr bildhafter Sprache beschreiben, inkl. Vor- und Nachteile, ohne zu werten!* So kann sich unsere Klientel ein klareres Bild ihrer Situation machen. Sie spüren besser, welcher Weg auch längerfristig wichtige Bedürfnisse befriedigt und somit für sie sinnvoller ist.

Es ist also nicht hilfreich, nur an den bewussten Verstand der Klientinnen und Klienten zu appellieren. Erst wenn unsere Klientel spürt, was ihr Gewinn sein wird – wenn nicht kurzfristig, so doch wenigstens langfristig –, lösen sich ihre unbewussten Widerstände auf und sie sind zur Kooperation bereit. Und erst dann können unsere Entscheidungen bei unseren Klientinnen und Klienten auch wirklich nachhaltig etwas Positives bewirken. Das bedeutet für uns Fachpersonen natürlich einen Mehraufwand und es bedingt auch, dass wir selber den möglichen Gewinn und die Vorteile einer Massnahme kennen. Ich bin aber überzeugt, dass sich dieser Mehraufwand lohnt und langfristig bei weitem auszahlt!

Treffen Sie also in Zukunft für sich möglichst kluge Entscheidungen – und helfen Sie Ihren Klientinnen und Klienten, auch für sich kluge Entscheidungen zu treffen.

Literatur

Damasio, A. (1995). *Descartes' Irrtum*. Paul List Verlag, München

Nicole Bruggmann

Les secrets d'une décision judicieuse Qui décide? Qui est concerné?

Résumé

Lorsque nous sommes amenés à prendre des décisions, notre cerveau dispose pour l'essentiel de deux systèmes qui régissent nos actions dont les modalités de fonctionnement sont très différentes. L'un des deux systèmes décisionnels – que l'on pourrait aussi appeler système d'appréciation ou de classification – relève de l'intelligence analytique consciente et l'autre de l'intelligence intuitive inconsciente:

- **L'intelligence analytique consciente** (appelé par d'autres théories raison consciente, logique ou ratio) entre en fonction au plus tôt à l'âge d'un an et demi; développée au mieux de ses capacités, elle permet de venir à bout des tâches les plus complexes et d'accomplir des performances maximales. Elle intègre lentement et successivement, l'une après l'autre (de manière analogue, sérielle, séquentielle) chaque information reçue et un nombre de données limitées. Il résulte de ce processus d'intégration des idées précises, formulables en mots. L'intelligence analytique évalue les situations en fonction de critères logiques et les juge soit justes soit fausses. L'activation de ce système nécessite toutefois des efforts et s'avère sensible aux perturbations; son fonctionnement dépend des dispositions personnelles du moment, des circonstances extérieures et de la présence de conditions environnementales optimales.
- **L'intelligence intuitive inconsciente**, en revanche, est très stable, fiable et guère perturbable, elle fonctionne automatiquement et sans efforts. Elle a recours à la mémoire émotionnelle du vécu qui engrange, dès la 5^e

semaine de gestation, toutes les expériences importantes pour l'organisme et qui associe chaque expérience individuelle à un sentiment de valeur. L'intelligence intuitive intègre très rapidement, en réseaux parallèles, des quantités énormes de données et dispose d'un mode holistique de reconnaissance des modèles qui fonctionne selon le principe des similitudes. Lorsqu'une image connue (ou un stimulus) émanant du monde extérieur est reconnue, le cerveau active l'expérience qui lui est associée et, parallèlement, le sentiment personnel de valeur qu'elle avait alors suscité. Celui-ci déclenche dans le corps un signal émotionnel qui nous indique si la situation nous plaît ou non. Par conséquent, ce processus d'intégration inhérent au système inconscient ne produit que des impulsions émotionnelles diffuses et imprécises («sentiment viscéral», intuition). Inconsciemment, les situations sont toujours évaluées en fonction des sentiments agréables ou désagréables qu'elles suscitent dans l'immédiat.

Étant donné que notre inconscient fonctionne beaucoup plus vite que la raison consciente, et en outre sans efforts, ce sont avant tout des impulsions inconscientes qui pilotent nos prises de décisions. Il serait particulièrement bénéfique, notamment lorsque nous prenons des décisions concernant nos clients, que nous ayons conscience du fait que les motifs sur lesquels se fonde notre évaluation de la situation ne sont pas toujours aussi rationnels que nous croyons, mais qu'ils découlent dans une large mesure de nos expériences inconscientes. Seule une prise de conscience de nos sentiments inconscients et leur évaluation par notre intelligence analytique du point

de vue de leur utilité présente nous permet de savoir si nos expériences passées nous aident également à jauger la situation actuelle. Les secrets d'une décision judicieuse résident dans la synchronisation de l'intelligence analytique consciente avec l'intelligence intuitive inconsciente!

Si l'on veut que les mesures aient réellement un impact positif et durable chez nos clients, il est important que ces derniers puissent à leur tour décider d'y adhérer. Or, cette acceptation ne doit pas relever de leur seule raison consciente, mais elle nécessite obligatoirement le soutien de leur inconscient. L'inconscient de notre clientèle a besoin, afin que ce «oui ressenti» puisse émerger, d'informations transmises de façon aussi imagée que possible; c'est ainsi qu'il parvient à reconnaître qu'une décision est judicieuse et qu'elle répond en plus à des besoins inconscients essentiels. Dès lors que nos clients sentent quel bénéfice ils pourront retirer d'une mesure – si ce n'est à court terme, du moins à long terme –, leurs résistances se lèvent et ils se montrent disposés à coopérer.

Stefan Blülle

Kinder und Jugendliche platzieren – Ein Handlungsleitfaden für platzierungsbegleitende Fachpersonen

Einleitung

Bereits 1996 hatte Integras einen Leitfaden für ausserfamiliäre Platzierung herausgegeben. Er war über all die Jahre gefragt und wurde an Fachhochschulen als Grundlage genutzt. Der Leitfaden war aber inzwischen in verschiedener Hinsicht veraltet.

Anfang 2012 trafen wir uns als neue Redaktionsgruppe bei Integras, um einen neuen Leitfaden in Angriff zu nehmen und diesen so zu gestalten, dass er insbesondere die Verpflichtungen der UN-Kinderrechtskonvention aufnimmt und neben der Aufgabenbeschreibung der zuweisenden und platzierungsbegleitenden Fachpersonen auch Perspektiven der pädagogischen Praxis einbringt.

Nun liegt der Leitfaden vor. Er bildet ein Stück aktuelle Wirklichkeit ab und enthält Vorschläge dazu, wie wir in dieser Wirklichkeit kompetent handeln können. Ich werde Ihnen heute acht ausgewählte Schwerpunkte aus meinem Leitfaden-Beitrag vorstellen, mit Bezügen zu den Beiträgen der Co-Autorinnen und -autoren. Ich tue dies exemplarisch, fragmentarisch, nicht abschliessend. Dabei gehe ich inhaltlich weiter als der Buchtext und formuliere mögliche Ziele für eine zukünftige Denkweisen und Handlungspraxen.

Ich beginne mit dem ganz grossen Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe als Ganzes:

1. Wo steht die Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz?

Heime und Pflegefamilien gehören zur Kinder- und Jugendhilfe, dem Handlungsbereich des Wohlfahrtsstaats – und da zitiere ich Prof. Stefan Schnurr – der zusätzlich zur Schule und zusätzlich zu privaten Leistungen von Familien und Verwandtschaftssystemen die sozialen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen gestaltet. (Schnurr 2012). Was aber ist die Kinder- und Jugendhilfe? Die Antwort ist einfach: *die* Kinder- und Jugendhilfe im Sinne einer kohärenten Struktur gibt es in der Schweiz nicht – dies etwa im Gegensatz zu unseren deutschsprachigen Nachbarländern. Das betrifft die Ebene der Gesetze, die der institutionellen Ausgestaltungen, der professionellen Zuständigkeiten, des methodischen Handelns und der diesem zugrundeliegenden Rollenverständnisse.

Wir haben mit dem revidierten ZGB zwar ein starkes Anordnungsgesetz erhalten, das zum Tragen kommt, wenn Kinder erheblich gefährdet sind, aber es fehlt ein Leistungsgesetz, das den Zugang zu Hilfeleistungen garantiert, wenn die Kinder (noch) nicht unmittelbar gefährdet sind (Blülle/Schnurr 2013). Diese Ausgangslage unterstützt eine Sichtweise, die stärker auf Anordnung und Zwang eingestellt ist «als auf Erziehungspartnerschaften zwischen Erziehenden, Fachpersonen und Behörden / Fachstellen», «Zugänge zu früh einsetzenden (...) Leistungen im Modus der Vereinbarung oder als Antwort auf aktive Nachfrage sind strukturell erschwert» (Blülle/Schnurr 2013). Das Prinzip der Subsidia-

rität kann daher de facto nur eingeschränkt zur Anwendung kommen. In Deutschland etwa ist die Anlage genau umgekehrt: Es gibt ein Leistungsgesetz und darauf basierende Angebote. Nur wenn die Zugänge nicht einvernehmlich geschaffen werden können, verpflichtet das Familiengericht die Klientel zur Inanspruchnahme der Leistungen.

Die regionalen Unterschiede sind in der Schweiz erheblich. Viele Angebote haben sich situativ entwickelt. Gross sind die Unterschiede auch bei den fallführenden Stellen, den Diensten also, die Platzierungen begleiten. Da haben wir spezialisierte und polyvalente, grosse und kleine, auf freiwillige Vereinbarung mit den Klientel oder auf Anordnung basierende, etwas besser oder ganz knapp ausgestattete Dienste. Je nachdem sind von diesen Stellen sehr unterschiedliche Leistungsphilosophien und demnach auch unterschiedliche Zugänge zu erwarten.

Ziele

- Die Kantone orientieren sich an einem übergeordneten Katalog an Grundleistungen (Bundesrat, 2012)
- Die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe werden in den einzelnen Kantonen ganzheitlich geplant und koordiniert
- Eltern und Kinder erhalten ein *Recht* auf Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe «unterhalb der Schwelle manifester Gefährdung des Kindeswohls» (Blülle/Schnurr 2013)

2. Welche Bedeutung hat Platzierung als Teil der Kinder- und Jugendhilfe?

Nach dem erwähnten Leistungskatalog der Kinder- und Jugendhilfe gehören die Platzierungen zu den ergänzenden Hilfen zur Erziehung. Mit «ergänzend» ist das komplementäre Verständnis dieser Hilfen angesprochen: komplementär zu Leistungen, die die Eltern und das soziale Umfeld erbringen können. Da diese Leistungen kosten-

intensiv sind, werden sie durch Fachdienste im Sinne von Fallführung (Case Management) indiziert und begleitet.

Mit dem Leistungskatalog wird vorausgesetzt, dass ambulante Alternativen zu Platzierung verfügbar sind, und dass Kinder und Eltern im Vorfeld von (teuren) ergänzenden Hilfen Beratung und Unterstützung zur *Bewältigung allgemeiner Herausforderungen und schwieriger Lebenslagen* erhalten.

Diese Voraussetzung ist aber vielerorts erst sehr begrenzt erfüllt. Etwas überspitzt lässt sich sagen, dass Platzierungen lange Zeit die einzige faktisch verfügbare Hilfeform und damit das eigentliche Rückgrat der Kinder- und Jugendhilfe waren und bis zu einem gewissen Grad auch heute noch sind. Es gab – und gibt teilweise heute noch – wenig Alternativen. Aufsuchende Familienarbeit begann sich erst seit Ende der 1990er Jahre zu verbreiten. Sozialdienste und Jugendsekretariate führten zwar *Beratung* als Angebot, konnten – und können – dieses Versprechen aber wegen hoher Fallzahlen und anderer Aufgabenprioritäten nur punktuell einlösen. Diese Tatsachen spiegeln sich auch in den Budgets der Kinder- und Jugendhilfe. Im Kanton Basel-Stadt gehen *im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung* etwa 9 von 10 Jugendhilfe-Frankens in die *stationäre* Kinder- und Jugendhilfe.

In den vergangenen Jahren hat sich die Landschaft aber doch deutlich verändert. Die Sensibilität für alle Formen der Kindeswohlbeeinträchtigung ist stark gewachsen. Wir haben seit den 1990er Jahren viele Initiativen im Frühbereich. Schulsozialarbeit wurde breit eingeführt. Angebote für sozialpädagogische Familienbegleitung wurden ausgebaut. Die Schulen entwickeln ein integratives Verständnis im Umgang mit behinderten und auffälligen Kindern. Die Schnittstelle Schule-Berufseinstieg wird systematisch gepflegt. Die Verfügbarkeit der breiteren Leistungsangebote stellt neue Anforderungen an die Fallführung der zuweisenden Dienste. Diese können und müssen ver-

mehrt zwischen Leistungsalternativen abwägen. Diese entstandenen Alternativen haben aber auch Auswirkungen auf den Auftrag der Heime und Pflegefamilien, weil die Kinder und Jugendlichen, die heute platziert werden zum Teil andere Verhaltensweisen zeigen als früher. Die Heime sind aufgefordert, vermehrt die eigenen pädagogischen Angebote mit externen Leistungen zu verknüpfen, Mischformen und Übergänge zu gestalten.

Das führt mich zu einer weiteren Frage, nämlich zu der, in welchem Narrativ wir über Platzierung sprechen. Anders gefragt: In welchen Begründungsmustern beschreiben wir Platzierungsindikationen?

- Das Kind ist platziert, *weil ihm seine Familie nicht ausreichend Rückhalt, Schutz und Förderung* zu geben vermag. Es findet ein alternatives Zuhause!
- Das Kind verhält sich problematisch. Es lebt im Heim, um anders zu werden, als es heute ist. Das Heim ist eine Art *Klinik*.
- Das Kind wird platziert, *weil eine spezifische Förderform nur stationär verfügbar ist*
- Sowie Kombinationen dieser Begründungsansätze.

Die Art und Weise, wie wir Fremdplatzierungen generell und im Einzelfall begründen, hat gewichtige Implikationen: angefangenen bei den sozialpolitischen Legitimationsmustern (Bsp: «Justizheim»), über die Selbstkonzepte, die an die Kinder einerseits, an die Familien andererseits vermittelt werden, bis hin zu den Einstellungen und Motivationen, die Eltern und Kinder zur biografischen Tatsache der Platzierung entwickeln. Beschreibungen von Lebenswirklichkeit sind immer sozial konstruiert. Platzierungsverantwortliche sind an den Erzählweisen der Lebensgeschichten beteiligt. Sie tragen dabei eine grosse Verantwortung, weil diese Geschichten für die Klientel zu subjektiver Wirklichkeit werden können.

Ziele

- Wir verstehen die Platzierungsangebote als Teile im Gefüge der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe.
- Wir beschreiben die Lebensgeschichten unserer Klientel einschliesslich der «Gründe und Ziele der Platzierung» so, dass ihre Würde gewahrt bleibt.

3. Welche Platzierungsangebote sind verfügbar?

Die Unterbringungsmöglichkeiten sind heute stark ausdifferenziert. Jedes Heim beschreibt seine Zielgruppe wie auch sein Auftragsverständnis in eigenen Begrifflichkeiten. Das spiegelt sich etwa auf der Heimliste der Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE). Zwar sind die Angebotsbezeichnungen gut verständlich, aber sie entsprechen keiner übergeordneten Systematik. Eine einigermaßen aussagekräftige Platzangebots-Statistik ist daher nicht möglich, und für die zuweisende Fachpersonen ist das System-Verstehen nicht ganz einfach. Im Leitfaden schlägt Karl Diethelm Dimensionen vor, anhand derer eine systematische Zuordnung erfolgen könnte. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft pflegen seit vielen Jahren eine bewährte Systematik und Statistik. Auch andere Kantone tun dies, aber eben in eigenen Kategorien.

Diese Ausdifferenzierung schliesst mit ein, dass die meisten Heime nur für eine begrenzte Lebensphase der Kinder und Jugendlichen und/oder nur für einen bestimmten Auftrag – etwa Abklärung – zuständig sind. Das führt zur Notwendigkeit von Umplatzierungen. Wir haben also damit einen systemimmanent angelegten Faktor der Diskontinuität – und das gegenüber Kindern, die meistens im Leben schon sehr viel Diskontinuität erfahren haben. Etwa jedes dritte der platzierten Kinder ist ein- oder mehrmals umplatziert worden. Bei kleinen Kindern wissen wir aus den Erkenntnissen der Bindungsforschung, welche

nachteiligen Konsequenzen unzuverlässige Beziehungsabbrüche haben. Bei grösseren Kindern und Jugendlichen ist bis dahin noch kaum beforscht, welche Wirkungen Umplatzierungen letztlich haben.

Auch bei den Pflegefamilien sind die Angebote komplex geworden. Jede Pflegefamilie orientiert sich aufgrund ihrer Lebenslage, den eigenen Vorstellungen und dem gegebenen Markt, als was genau sie sich in Bezug auf die Aufnahme eines Kindes versteht. Insgesamt haben das Auftreten und die starke Verbreitung der Familienplatzierungsorganisationen starke Impulse gesetzt. Es hat gezeigt, dass Familien sehr tragfähig sein können, wenn sie eng in unterstützende Strukturen eingebunden sind. Und es hat die Vorstellung, dass Pflegeelternschaft nur als de facto unentgeltliche Leistung moralisch zulässig ist, in Frage gestellt.

Ziele

- Es gibt eine landesweit gültige Systematik der Platzierungsangebote
- Die Platzierungspraxis für Säuglinge und Kleinkinder ist im Licht der Erkenntnisse der Bindungsforschung sorgfältig evaluiert
- Formen der Gruppenpädagogik sind durch individualisierende Erziehungsformen ergänzt
- Die Kriterien für stationäre Unterbringung mit interner Schule sind vor dem Hintergrund des integrativen Anspruchs der öffentlichen Schulen neu definiert.

4. Wie kommen wir zur Indikation «Platzierung»?

Im Leitfaden äussern sich fast alle Autorinnen und Autoren zur Frage der Indikationen. Alle sind wir uns darin einig, dass die Indikationsstellungen methodisch und kriteriengeleitet erfolgen sollen. Die gewählten Zugänge ergänzen und überschneiden sich. Vier mir wichtige Aspekte möchte ich auflisten:

1. Diagnose und Indikation sind Prozesse, die möglichst partizipativ mit den Betroffenen gestaltet werden sollen. Dies ist übrigens auch *das* zentrale Merkmal des *Hilfeplangedankens* im deutschen Kinder- und Jugendhilferecht. Die wenigen Studien, die es zum Erfolg von Platzierungen gibt, weisen darauf hin, dass der Grad der Partizipation der jungen Menschen und der Eltern am Platzierungsprozess den Erfolg der Hilfe beeinflussen (Gabriel et al. 2007).
2. Indikationsprozesse sind ergebnisoffen anzugehen. Fremdplatzierung ist dabei ein mögliches Ergebnis, das wir aber erst am Schluss des Verfahrens kennen. Ergebnisoffenheit können wir unter anderem dadurch unterstützen, dass wir die beiden Schritte Diagnose und Indikation auseinanderhalten. In der Diagnosephase erfassen und beschreiben wir die Lebenslage des Kindes und die auf das Kind zutreffenden Schutz- und Risikofaktoren. Daraus ergibt sich, in welchem Versorgungsbereich ein Schutz-, Förder- oder Kompensationsbedarf besteht. Erst im zweiten Schritt bestimmen wir, welche Hilfeform diesem Bedarf am besten entsprechen kann. Dabei wägen wir die positiven und negativen Implikationen der verschiedenen in Frage kommenden Hilfen ab.
3. Indikationen auf Fremdplatzierung dürfen nicht von Einzelpersonen allein gestellt werden. Es braucht qualitätssichernde Verfahren. Peer-to-Peer-Rückversicherungen sind dazu unzureichend, weil sie ein zu grosses Suggestivrisiko beinhalten. Für diese Forderung nach standardisierten 4-Augen-Verfahren gibt es mehrere Gründe. Etwa die Eingriffsstärke, die Kosten, aber auch der Umstand, dass platzierende Fachpersonen oft grossem Druck von fachlichen Partnern und Klientel ausgesetzt sind.
4. Indikationen sind zu dokumentieren. Auch die in Erwägung gezogene Alternativen zur Platzierung und deren Bewertung müssen dokumentiert sein, denn nur so werden Entscheidungsprozesse als solche auch später rekonstruierbar. Eine 2012 in einem grossen

Sozialdienst durchgeführte – allerdings nicht nur auf Platzierungen beschränkte – Studie hat gezeigt, dass Alternativen wohl meist diskutiert, aber nur selten dokumentiert werden.

Ziele

- In der Schweiz sind evidenzbasierte Instrumente zur Beurteilung des Kindeswohls und des Hilfebedarfs verfügbar und in Anwendung. Sie beinhalten: 1. die relevanten Dimensionen von Kindeswohl; 2. die Gestaltung des Abklärungs- und Indikationsprozesses; 3. die Anforderungen an die Sachverhalts- und Prozessdokumentation.
- Voraussetzung für die Finanzierung und ggf. Anordnung von Platzierungen ist die Einhaltung dieser Standards.

5. Welche Rollen sind im Kontext von Platzierungen erforderlich?

Bei Fremdplatzierungen gibt es verschiedene berufliche Rollen. Formal lassen sie sich unterscheiden bezüglich

- a) der *Adressatinnen und Adressaten* des Handelns der Rollenträger, zum Beispiel: das Kind, die Eltern, die Familie, das Heim, das grössere (Familien- und Hilfesystem) und
- b) der *Art der Beziehung*, welche die Rollenträger diesen Adressatinnen und Adressaten gegenüber anbieten und eingehen, etwa: Management, Beratung, parteiliche Interessenwahrnehmung, rechtliche Vertretung, Aufsicht, Alltagsbeziehung etc.

Schon aus diesen Variablen – die Aufzählungen sind nicht abschliessend – wird deutlich, dass sich ein grosser Raum für unterschiedlichste Rol- lendefinitionen und Rollenkombinationen öffnet. Das schafft Gestaltungsmöglichkeiten, führt aber auch zu Beliebigkeiten und lässt den Wunsch aufkommen nach allgemein verbindlichen Vorgaben dazu, wer was zu tun hat. Die Irritationen treten nach meiner Wahrnehmung am deutlichsten bei Familienplatzierungen hervor, ganz be-

sonders bei Familienplatzierungsorganisationen. Im Leitfaden spiegelt sich das im Bericht von Andrea Keller.

Das grundsätzliche Dilemma liegt darin, dass wir entweder sehr viele Rollenträgerinnen und -träger haben, die sich in ihrem Zuständigkeits- oder Nichtzuständigkeitsverständnis überschneiden und sich möglicherweise gegenseitig behindern, oder aber dass wir uns auf wenige Rollen beschränken, damit aber Interessenskollisionen oder einseitige Parteilichkeiten in Kauf nehmen. Wie können wir zu Rollen finden, die funktional sind und die sowohl zu Vertrauen der Klientel in die Fachpersonen als auch der Fachpersonen untereinander führen? Dazu gibt es verschiedene Wege. Einer davon ist, dass wir in der konkreten Zusammenarbeit immer wieder gemeinsam reflektieren, wer wem gegenüber in welchem Auftrag und damit in welcher Art von Beziehung steht. Ein zweiter liegt darin, dass wir uns bezüglich der zentralen Rollen auf Kernprofile verständigen.

Ziele

- Wir verfügen über allgemein akzeptierte Kernprofile der Rollen 1. der fallführenden (zuweisende, mandatsführende etc.) Person; 2. der Erziehenden/erziehungsverantwortlichen Person; 3. der Aufsichtsstellen; 4. der Support-Dienste.
- Jedes platzierte Kind hat mindestens eine externe Vertrauensperson.

6. Nach welchen Mustern kooperieren Fachpersonen und Klientel bei Platzierungen?

Neben den platzierungsvorbereitenden Absprachen zwischen zuweisenden und aufnehmenden Stellen und Kennenlerngesprächen haben sich die sogenannten *Standortsitzungen* als äussere Form der Kooperation etabliert. Oft steht der Begriff «Stao» fast als Synonym für Kooperation. Die Form der meist grossen Hilfskonferenzen werden damit begründet, dass Transparenz ge-

währleistet ist, dass die Entscheidungen schnell getroffen werden können und dass die weitere Planung effizient erfolgen kann. Solche Runden beinhalten jedoch auch das Risiko, dass sich die Klientinnen und Klienten von der *«Übermacht»* der Fachpersonen unter Druck gesetzt fühlen. Eltern wie auch Kinder und Jugendliche sind dann leicht disponiert, «Lösungen» vorschnell vordergründig zuzustimmen, ohne sie nachvollziehen und wirklich akzeptieren zu können. Sie fühlen sich manipuliert und bleiben innerlich ambivalent. Oder aber sie setzen sich gegen die «Lösungsangebote» der Helfenden zu Wehr, um den Preis, dann möglicherweise als unkooperativ qualifiziert zu werden.

Ziele

- Ausgangspunkt für die Kooperationsformen sind die konkreten Erfordernisse des Einzelfalls, (nicht die administrativen Funktionsprinzipien der Organisationen). Das bedeutet, dass Settings, Durchführungsorte, Moderationsverantwortung, Planungszeiträume und Gegenstände/Themen der Kooperation vermehrt individualisierend zu gestalten sind.

7. Was kann Partizipation bei Fremdplatzierungen beinhalten?

«Partizipation» ist im Leitfaden gut vertreten. Ich habe es gezählt: insgesamt 57 Mal kommt der Begriff vor. Alle Autorinnen und Autoren setzen sich mit der Frage der Beteiligung der Kinder am Platzierungsgeschehen auseinander. Thomas Gabriel hat dazu ein eigenes Essay beigetragen. Er verweist auf das grundsätzlich asymmetrische Machtverhältnis in Erziehungsprozessen. Dieses ist einerseits wegen der eingeschränkten Reife der Heranwachsenden erforderlich. Es muss sich aber stets situativ zeitlich und inhaltlich begründen. Einer meiner Anknüpfungspunkte an den Partizipationsgedanken ist die Frage, wie wir mit Kindern und Jugendlichen zu Zielvereinbarungen kommen.

In der Praxis beziehen sich die Ziele einer Zielvereinbarung oft auf Vorstellungen davon, was das Kind/der Jugendliche aus der Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen lernen und anstreben müsste. Solche Ziele sind dann auch oft aus der Perspektive auf bisherige Defizite heraus formuliert. Problematisch wird es, wenn pädagogische Erwartungen den Wünschen der Klientinnen und Klienten übergestülpt werden, oder schlimmer: wenn Kinder und Jugendliche manipuliert werden, die Erwartungen der Helfenden als ihre eigenen Ziele zu bezeichnen. Insbesondere bei traumatisierten Kindern und Jugendlichen reaktiviert dies alte Hilflosigkeitsgefühle und Ohnmachtserfahrungen. Traumatisierte Kinder und Jugendliche, die häufig eine lange Geschichte von Misserfolgen hinter sich haben, sollten sehr behutsam, jedoch gezielt, zu eigenen Zielfindungen ermutigt werden. Das Wort «Ziel» ist da vielleicht schon viel zu gross, und es wäre passender, Fragen zu stellen wie: Was ist dir wichtig? Was möchtest du lernen? Von wem wünschst du dir, dass er/sie stolz auf dich ist oder dich toll findet? Und was müsstest du tun, damit dies so wäre? Mit dieser Haltung respektieren wir das Kind als Subjekt seiner eigenen Entwicklung.

Ziele

- Wir unterscheiden stets klar zwischen den Zielen der Kinder/Jugendlichen und den Forderungen, Grenzen, Erwartungen und Wünschen der Erwachsenen.
- Wir ermöglichen bei Platzierungen Kindern, Jugendlichen (und Eltern) Wahlmöglichkeiten. Damit anerkennen wir sie als Expertinnen und Experten ihres eigenen Lebens.

8. Wie viel externe Begleitung benötigen fremdplatzierte Kinder?

Platzierungsbegleitende Fachpersonen unterschätzen meist die Bedeutung, die sie im Leben der fremdplatzierten Kinder erhalten, wenn sie die Begleitung aktiv und aufmerksam gestalten. Wenn sie das Vertrauen der Kinder gewonnen

haben, können zuweisende Sozialarbeitende eine Brücke zwischen den verschiedenen Welten für die Kinder werden. Die Beziehung sollte so gestaltet sein, dass immer wieder persönliche Gespräche zwischen dem Kind und der platzierungsbegleitenden Fachperson stattfinden. Es ist anzustreben, dass die platzierungsbegleitende Person auch externe Vertrauensperson des Kindes ist. Auf diese Weise erhalten platzierte Kinder und Jugendliche Gelegenheiten, sich über ihre Alltagserfahrungen auszusprechen und gegebenenfalls auch unangenehme Erlebnisse, Missstände oder gar Misshandlungen im Vier-Augen-Gespräch mitzuteilen. Zudem stellen sich Kinder und Jugendliche im Zug ihrer fortschreitenden Entwicklung die Frage nach dem Warum ihres Platziert-Seins auch immer wieder neu. Sie sind darauf angewiesen, in der Auseinandersetzung damit erwachsene Bezugspersonen zu haben, die ihre Herkunft und Lebensgeschichte kennen und diese wertschätzend zu deuten wissen.

Ziele

- Platzierungsbegleitende Fachpersonen pflegen einen eigenständigen Zugang und Kontakt zum Kind/Jugendlichen – dies auch dann, wenn die Platzierung «unproblematisch» verläuft.

Zum Schluss

Nun lade ich Sie ein, den «Leitfaden Fremdplatzierung» zu lesen. Es freut mich, wenn Ihnen Inhalte daraus für Ihre eigene Praxis nützlich werden. Und es freut mich ganz besonders, wenn Sie die mit dem Leitfaden aufgenommene Diskussion zu Platzierungsfragen kritisch weiterführen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur

Blülle, S. / Schnurr, S. (2013). Wo steht die Kinder- und Jugendhilfe in der Schweiz? Jour fixe Familie vom 5. Dezember 2013, Centrum für Familienwissenschaften. URL: <http://www.famwiss.ch/veranstaltungen/vergangene-veranstaltungen/archiv-basel-2013/>

Gabriel, T. / Keller, S. / Studer, T. (2007): Wirkungen erzieherischer Hilfen – Metaanalyse ausgewählter Studien. Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Band 03. Schriftenreihe zum Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen nach §§ 78a ff SGB VII. Münster: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Integras (Hrsg.) Leitfaden Fremdplatzierung. Eigenverlag, Zürich

Schnurr, S. (2012): «Grundleistungen der Kinder- und Jugendhilfe», in: Bundesrat (2012): Gewalt und Vernachlässigung in der Familie: notwendige Massnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und der staatlichen Sanktionierung – Bericht des Bundesrates im Erfüllung des Postulats Fehr vom 5. Oktober 2007, Bern

Placement d'enfants et de jeunes Guide d'action destiné aux professionnels qui accompagnent les placements

Résumé

Lorsque les parents ne sont pas en mesure d'assumer leurs tâches éducatives ou que les dysfonctionnements relationnels au sein de la famille ont pris de telles dimensions qu'ils entravent le développement de l'enfant, les placements en foyers ou en familles d'accueil offrent aux enfants et adolescents un espace d'expériences propice à leur développement. Pendant de nombreuses années, les placements extrafamiliaux représentaient, faute de démarches alternatives, le noyau de l'aide à l'enfance et à la jeunesse. Aujourd'hui, l'éventail des actions est plus large. Les exigences posées aux professionnels chargés d'évaluer les situations de vie des enfants et des jeunes, puis de déterminer, en fonction de l'évaluation, les indications pour des aides appropriées, sont d'autant plus élevées. C'est particulièrement le cas lorsque des placements sont envisagés.

Integras a publié un guide afin de permettre à toutes les parties concernées de mieux s'y retrouver. Les auteur-e-s abordent le thème des offres de placement ainsi que des processus décisionnels et manières de procéder qui s'avèrent nécessaires. Dans son exposé, Stefan Blülle présente les éléments essentiels de son article dans le guide d'action destiné aux professionnels qui accompagnent les placements. Cet instrument contribue au succès de la coopération entre les parties impliquées dans un placement – enfants, parents et professionnels.

Un premier aspect consiste à jeter un coup d'œil sur le *paysage de l'aide à l'enfance et à la jeunesse en Suisse*, qui est d'essence fédéraliste. Ce sont les circonstances locales qui déterminent quelles sont les prestations existantes, accessibles et finançables. L'introduction du nouveau droit de protection de l'enfant et de l'adulte a eu pour effet d'améliorer sensiblement le niveau de professionnalisme des *procédures visant à ordonner des placements*, et par conséquent également la sécurité juridique de la clientèle. L'autorité de protection de l'enfant et de l'adulte APEA est devenue, dans toute la Suisse, l'instance qui fait autorité dans le domaine de la protection de l'enfance. Cela amène d'autant plus à se poser la question de savoir dans quelles circonstances il est possible et nécessaire de convenir d'un placement en accord avec la famille et quand un placement doit être ordonné par l'autorité.

Le deuxième axe prioritaire concerne *l'aménagement participatif des processus d'assistance*, tel que développé par exemple par les méthodes du diagnostic sociopédagogique, de la procédure concernant le plan d'aide ou de la gestion des cas. L'accord des personnes concernées sur les prestations envisagées est reconnu comme un facteur essentiel de réussite, tout particulièrement lors de placements. Le défi posé aux professionnels accompagnants et chargés de décider d'une indication réside dans la nécessité d'obtenir la confiance de la famille du client ou de la cliente, et de lui ouvrir des perspectives qui lui permettent de concevoir le placement comme une démarche ayant du sens.

La troisième partie met l'accent sur le *rôle et les diverses tâches des professionnels qui accompagnent les placements*. Leur mission consiste non seulement à poser des diagnostics avec soin, mais aussi à trouver des options de placements appropriées, à soutenir en permanence enfants, adolescents et parents dans leur recherche d'objectifs, à assurer une planification coopérative des aides nécessaires afin d'atteindre les objectifs, à co-aménager les transitions, à devenir et à rester des personnes de confiance pour l'enfant et à accompagner les parents de façon constructive.

Soziale Aufgaben gestalten Eine Frage der Rahmenbedingungen?!

Einleitung

«Gutes fachliches Handwerk und eine hohe Ethik sind das eine, das Zimmern des Rahmens um dies umzusetzen das andere». Dieser Satz steht im Programm zur heutigen Tagung. Ich bin also eingeladen, um Ihnen zu erklären, wie man einen Rahmen zimmert für die vielfältigen und herausfordernden Aufgaben, die Sie im Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe erfüllen – und für zahlreiche weitere Aufgaben, die ein kantonales Sozialamt zu bewältigen hat. Ich danke Ihnen für diese Einladung und für die Herausforderung, die das Thema mir stellt.

Gemessen an der geballten Kompetenz, die Sie als Fach- und Leitungspersonen von Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe – von zuweisenden und aufnehmenden Institutionen – haben, bleibe ich gerne bescheiden, weil eigentlich nie der Rahmen das Wesentliche ist, sondern das Bild, das er umrahmt. Und das ist Ihr Wirken im beruflichen Alltag! Oder anders gesagt: Ich kenne keinen, der wegen dem Rahmen, der Leonardo Da Vinci's Mona Lisa umgibt, nach Paris ins Musée du Louvre reisen würde. Alle gehen wegen dem Gesicht oder dem Lächeln dieser Frau (gemalt 1503–1506).

Der Rahmen ist aber auch für soziales (-arbeitrisches) Handeln sehr bedeutsam, weil er Raum lässt oder einengt, die Wirkung des Bildes unterstreicht und hervorhebt oder verzerren kann. Es macht einen grossen Unterschied, in welchem «Rahmen» man arbeitet, ob man soziale Aufgaben in Gemeinden, Hilfswerken, Kirchen, Jugendheimen, Spitälern oder in einem Fachverband gestaltet und erfüllt.

Aber verlassen wir diese Assoziationen und reden Klartext: Was die Sozialpolitik an Rahmenbedingungen definiert ist sehr entscheidend für die Gestaltung sozialer Aufgaben, sowohl im ambulanten wie auch im stationären Bereich:

- Ob gesetzliche Regelungen bestehen oder nicht,
 - wie diese lauten,
 - welche Mittel und Finanzen für die Erfüllung sozialer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden
- oder
- welche Kompetenz (fachlich, persönlich und kommunikativ) von Fachpersonen erwartet wird
 - wie man Mitarbeitende auswählt,
 - wie das Verhältnis zwischen Qualitätskriterien und Kosten aussieht,
 - welche (Qualitäts-)Kriterien massgebend sind für Bewilligung und Aufsicht.

All diese Faktoren beeinflussen fachliches Handeln und das Gestalten sozialer Aufgaben im öffentlichen Bereich. Sicher ist die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen in- und ausserhalb von Institutionen erfüllen, ein ganz anderes Geschäft als das Gestalten am sozialpolitischen Rahmen. Ich tue das seit langem, gemeinsam mit Fachpersonen aus der Sozialarbeit in meinem Amt, aber auch mit Juristinnen, Historikern und Ökonomen in der Verwaltung, mit Fachkollegen in anderen Kantonen und mit Politikern in Exekutive und Legislative.

1. Sozialamt Graubünden/ meine Rolle

Ich leite seit 25 Jahren das kantonale Sozialamt Graubünden. Ich tue dies, obwohl ich während meiner Universitätszeit in einer Abschlussarbeit zu beweisen versuchte, der Staat könne gar nicht wirklich soziale Aufgaben erfüllen – ganz im Gegensatz zu Hilfswerken oder Kirchen. Meine langjährige Tätigkeit im öffentlichen Sozialwesen ist gewissermassen die Antithese zur damaligen oberflächlichen Hypothese. Im Laufe der Jahre war ich oft begeistert über die Entwicklungschancen, die sich eröffneten, um soziale Aufgaben zu gestalten, und manchmal wurde ich enttäuscht. Mein Amt bietet mir seit jeher eine spannende Verknüpfung zwischen konkreten Fachfragen aus der Sozialarbeit, Führungsaufgaben und Sozialpolitik. An dieser Schnittstelle zur Politik verfasse ich Botschaftstexte, arbeite neue Gesetzesvorlagen aus, entwerfe Antworten auf parlamentarische Anfragen, beantworte Medienanfragen und arbeite in verschiedenen Gremien und Konferenzen mit.

Im dreisprachigen, grossflächigen Bergkanton Graubünden mit knapp 200 000 Einwohnern ist es nicht möglich, für die zahlreichen Aufgaben im Sozialbereich spezialisierte Fachstellen aufzubauen. Eine feste Struktur bilden seit 1943 die öffentlichen, regionalen Sozialdienste, die nicht durch die Gemeinden, sondern durch das kantonale Sozialamt geführt werden. Damit ist seit Langem eine hohe Professionalität in den Sozialdiensten und z. B. auch im Bereich der Fremdplatzierung gewährleistet. Zudem führen wir in Chur spezialisierte Sozialdienste für Suchtberatung, Opferhilfe und Kinderschutz.

Das kantonale Sozialamt Graubünden ist die kantonale Fachstelle für alle sozialen Aufgaben und Projekte, die der Kanton aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen zu erfüllen hat. Es ist Aufsichts- und Rechnungsstelle für die materielle Sozialhilfe und für verschiedene soziale Bedarfsleistungen (Mutterschaftsbeiträge, Alimentenbe-

vorschussung). Als Fachstelle für Familienfragen ist es u. a. zuständig für die Förderung von familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. Es richtet Betriebs- und Investitionsbeiträge (Finanzierung) an Behinderteneinrichtungen und soziale Institutionen aus und ist zuständig für Bedarfsanalysen, Angebotsplanung und Qualitätssicherung. Über Leistungsverträge mit Hilfswerken und privaten Organisationen werden Dienstleistungen sichergestellt, die zur sozialen Grundversorgung zählen: Überlebenshilfe, Familienplanung, Sexualberatung, Frauenhaus, Schuldenberatung, Sozialfirmen etc. Das Sozialamt initiiert und koordiniert soziale Projekte zur Bekämpfung der Armut. Im kantonalen Sozialamt Graubünden arbeiten ca. 100 Personen auf rund 60 Stellen. Das Budget beläuft sich auf 80 Mio. Fr. (2014).

Vergleicht man die gesetzlichen Regelungen der Kantone im Bereich der Fremdplatzierung fällt auf, dass der Kanton Graubünden im Jahr 2007 ein eigenes kantonales Pflegekindergesetz erlassen hat. Dieses regelt in Ergänzung zum Bundesrecht die Aufnahme und Vermittlung von Kindern und Jugendlichen ausserhalb des Elternhauses. Und bereits 2007 wurden Familienplatzierungsorganisationen (FPO) einer Bewilligungspflicht unterstellt. Wir führen eine Fachstelle, die Platzierungen von Kindern vorbereitet, bewilligt und begleitet. Sie beaufsichtigt Pflegeverhältnisse für Kinder aus dem In- und Ausland und ist kantonale Zentralstelle für Adoption.

Wenn Sie diese Darstellung der Bündnerischen Strukturen und Aufgaben betrachten, erkennen Sie schnell: Vieles ist in anderen (in Ihrem) Kantonen völlig anders. So ist es in wichtigen Bereichen des Sozialwesens in der Schweiz: Unterschiedliche Kantone (besonders in der deutschsprachigen Schweiz) haben unterschiedliche Strukturen entwickelt. Die Schweiz zeigt sich bei der Ausgestaltung sozialer Themen und Aufgaben als bunter föderaler Flickenteppich. (Testfrage: Welches Departement sprechen Sie an, wenn Sie das Thema Fremdplatzierung vertiefen wollen – Soziales,

Bildung, Justiz, Finanzen oder Gesundheit...?) Es wird zwar auf Bundesebene immer wieder um die (minimale) Koordination in einzelnen Themenbereichen der Sozial- und Familienpolitik gerungen (z.B. Bundesrahmengesetz für Existenzsicherung, FamilienEL) – allerdings ohne grossen Erfolg auf gesetzlicher Ebene. Besser gelingt die freiwillige Koordination z.B. auf der Ebene von Fachkonferenzen und Fachverbänden.

2. Soziale Aufgaben gestalten

Es gibt im Bereiche der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik manche Berufsfelder, deren Aufgaben klar umrissen sind. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass viele Mitarbeitende in den Institutionen gleiche oder ähnliche Aufgaben erfüllen. Sie verfügen entsprechend über gesichertes und anerkanntes Handlungswissen, klar definierte Berufsbilder, vielleicht sogar vergleichbare Stellenbeschreibungen und über einen breiten Konsens über ihre Fachlichkeit. Und meist wirken im Hintergrund Berufsverbände, die diese inhaltlichen Positionen sichern.

Und trotzdem: Ich stosse in meinem Berufsalltag immer wieder auf die Frage: Wer definiert eigentlich, was Sozialarbeit ist? Tun das ausschliesslich die Berufs- und Fachverbände oder die Hochschulen? Welchen Einfluss auf diese Definition hat die Politik und die Gesetzgebung?

Unter seinesgleichen ist man sich rasch einig, was gilt, was man möchte und was es braucht. Diese in Fachkreisen schnell gefundene «Harmonie» ist aber nur «die halbe Miete»! Die wirkliche Herausforderung stellt sich erst ein, wenn für das, was fachlich gewünscht, sinnvoll, erforderlich oder unabdingbar ist, die Rahmenbedingungen ausgehandelt, geschaffen werden müssen.

Fachpersonen in Sozialberufen tun manchmal so, als wären sie die einzigen, die zu bestimmen hätten, was in welcher Profession wie zu laufen hat. Und so gerne ich dieser Auffassung auch folge:

Es sind nicht die fachlichen Standpunkte und Überlegungen allein, die diese Aufgaben prägen. Ebenso wichtig und prägend sind die Rahmenbedingungen: Gesetzesbestimmungen und Ressourcen und damit der Wille und die Absichten der Politik in Regierung und Parlament.

Stehen denn Gesetzesbestimmungen und Ressourcen im Gegensatz zu Fachlichkeit und Ethik? Nein! Mehrheitlich bilden Rechtsbestimmungen und staatlich festgelegte Ressourcen (Budgets) die verlässliche und solide Grundlage und den gesellschaftlichen Konsens – den «Rahmen» – dafür, soziale Aufgaben nach den Regeln des fachlichen Handwerks zu erfüllen. Massgebend ist aber immer auch, wie die Mitarbeitenden oder Führungspersonen innerhalb dieser Strukturen handeln, wie sie Entwicklungen und den «Markt» wahrnehmen und wie sie sich vernetzen. Aktuelles Beispiel zur Illustration: Selbst wenn – wie im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes eben erst geschehen – die gesetzlichen Regelungen hohe Fachlichkeit und Interdisziplinarität einfordern, muss diese erst erarbeitet, entwickelt, erkämpft und vereinbart werden. Das braucht Offenheit, Diskussion und Zeit.

Die bestehenden rechtlichen und sozialpolitischen Strukturen legen der Sozialarbeit als breit verstandene Fachdisziplin (z.B. im Unterschied zu technischen Disziplinen) nicht einfach den roten Teppich aus. Ganz im Gegenteil. Ich bin in meiner beruflichen Rolle immer wieder herausgefordert anzumelden, was fachlich notwendig ist. Und umgekehrt habe ich zu vermitteln, was politisch möglich ist und wo politische Grenzen liegen. Meist geht es dabei um Geld und Personalressourcen. Grundsätzlicher ist die Herausforderung, wenn neue Konzepte und Gesetzesvorlagen entwickelt werden.

Ich arbeite seit vielen Jahren an der Schnittstelle eines Fachamtes zur Politik, das zahlreiche soziale Aufgaben zu erfüllen hat. Ich stelle mich den Ansprüchen und Chancen von beiden Seiten.

Wenn Sie «den Rahmen gestalten» für diese sozialen Aufgaben, gewinnen Sie eine etwas andere Sichtweise. Sie handeln im weiten Feld der staatlichen Sozialpolitik. Da sind viele Rahmenbedingungen bereits festgelegt. Sozialpolitik umfasst zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Ihr übergeordnetes politisches Ziel ist die Integration der sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft und damit die Stabilisierung der Gesellschaftsordnung. Sie ist geregelt in Leitlinien, Prinzipien, Gesetzen und Aktivitäten. In Budgets von Bund, Kantonen und Gemeinden sind die Kostenrahmen für die Erfüllung all dieser Aufgaben weitgehend definiert. Die Politik handelt aus, welche Mittel für die einzelnen Politiksparten zur Verfügung stehen sollen.

So gesehen stehen im Bereich sozialer Dienstleistungen fachlich Gewünschtes und politisch Zugestandenes immer wieder in einem Spannungsverhältnis und unterliegen einem Aushandlungsprozess. Was ermöglicht wird, muss immer neu ausgehandelt werden.

In diesem Aushandlungsprozess müssen Fachpersonen der Sozialen Arbeit aufzeigen, welche Leistungen durch einzelne Professionen erbracht werden können und welchen Nutzen dies hat. Schöne Ideologien und ein gutes Herz genügen da nicht. Und um erfolgreich zu «markten», muss man das Gegenüber, seine Interessen, Werte und Spielräume gut kennen.

Wir haben es bisher in verschiedenen Berufen der Sozialen Arbeit nicht (oder zu wenig) geschafft aufzuzeigen, was die eigenen Kompetenzen, der Wert und der Nutzen der eigenen fachlichen Intervention ist. Allzu oft wird geklagt über fehlende Anerkennung, oder die Konkurrenzierung durch andere Disziplinen. Fehlendes Wissen macht die Profession leicht angreifbar für diejenigen, die das Sozialsystem unterwandern wollen.

3. Wandel

In den 1980er- und 1990er Jahren wuchs das Bewusstsein für soziale Aufgaben und fachlich gute tragfähige Lösungen stetig. Fachlichkeit und Qualität wurden gefordert und definiert. Die Wirkung der Dienstleistungen wurde beurteilt.

In den 2000er Jahren wuchs der Druck auf die Staatsfinanzen zunehmend – nicht in allen Kantonen gleichzeitig. Er wurde ausgelöst durch allseits geforderte Steuersenkungen. Parallel dazu wuchs der Legitimationsdruck für die Erfüllung sozialer Dienstleistungen durch die öffentliche Hand. Das ist zwar legitim, allerdings sind «soziale Dienstleister» diesem Legitimationsdruck weil stärker ausgesetzt als technische, naturwissenschaftliche oder medizinische Sparten.

Gewisse soziale Aufgaben sind in jüngster Zeit einer negativen Etikettierung ausgesetzt. Dabei geht es viel mehr um symbolische Proteste und Drohungen und keineswegs um fachlich verantwortbare Lösungen.

4. «Arbeitssicht»

Doch zurück zur Frage, wie gestalte ich den Rahmen für die Erfüllung sozialer Aufgaben in meiner Funktion: Ein Blick in meine Werkzeugkiste oder Hinweise, die aus der Erfahrung gewachsen sind – unterteilt in drei Bereiche:

1. *Interdisziplinäre Zusammenarbeit*: Es geht gar nicht ohne interdisziplinäre Zusammenarbeit. Ich brauche die multidisziplinäre Sicht, weil alle Aufgaben auch auf ihre rechtlichen und finanziellen Auswirkungen zu prüfen sind. Die Zusammenarbeit zwischen Personen der verschiedenen Professionen ist sehr anspruchsvoll. Sie verlangt Offenheit und waches Interesse für die Stärken und Chancen anderer Disziplinen. Der Weg, diese Offenheit und Akzeptanz zu erzielen, ist manchmal steil und steinig. Umso grösser ist aber der Gewinn und umso weiter ist der Horizont, den

man plötzlich vor sich hat, wenn man interdisziplinäres Wissen in die Alltagsarbeit integriert.

2. Wenn es um die *Entwicklung von Konzepten, Projekten, Aufgaben* in der Dienststelle geht.

- Ich habe klare fachliche Vorstellungen und Werthaltungen. Diese stelle ich zur Diskussion, die sollen reflektiert, kritisiert und ergänzt werden. Natürlich ist damit auch eine gewisse Betriebskultur und ein Kommunikationsstil verbunden.
- Ich denke nie, ich allein hätte das ganze Wissen – in fachlich konzeptionellen Fragen ebenso wenig, wie in Fragen der Organisation und Führung.
- Ich bin wach für die Argumente der Anderen.
- Ich habe mir angewöhnt, in Meetings Gesagtes von Zeit zu Zeit zusammenzufassen, und ergänzen lassen.
- Ich lebe (und arbeite) mit der Überzeugung: Das Produkt unserer Arbeit wird besser, wenn mehrere versierte Fachpersonen aus unterschiedlichen Disziplinen daran mitwirken.

3. All das gilt auch für den Austausch mit Vertretern politischer Organe. Hinzu kommt:

- Ich muss mir klar werden über Kenntnisse und Wissensstand meiner Gesprächspartner, muss Fachinformationen und Fakten in verständlicher Sprache vermitteln und zusammenhängend darstellen und nicht in Fachchinesisch.
- Ich muss den Politikern und Politikerinnen stichhaltige Begründungen liefern für neue Lösungen.
- Und ich muss das legitime Interesse an öffentlicher Positionierung miteinbeziehen.

5. Schluss

Wer den Rahmen für soziale Aufgaben im öffentlichen Bereich gestaltet, darf sich nicht allein von einer sozialarbeitsfachlichen Sicht leiten lassen. Er muss viel mehr das Funktionieren der «anderen Systeme», der Politik und der Wirtschaft verstehen, und diese Logik für die eigenen fachlichen Ziele nutzen. Er muss gewisse «ideologische» Elemente eines Berufsstandes, dessen Berufsbild wenig konsolidiert und deshalb angreifbar ist, weglegen. Er muss aber ebenso die Leistungen, die Werte und den Nutzen professioneller Intervention darlegen.

Mein Fazit:

Soziale Aufgaben zu gestalten hat sehr viel auch mit den Rahmenbedingungen und nicht nur mit der fachlichen Kompetenz zu tun. Diese kann und muss man aber aktiv mitgestalten. Es braucht den fachlichen Diskurs, die fachlichen Argumente, die Darlegung von Wirkungen und Kosten. So gesehen hat der Blick auf den Rahmen doch seine grosse Bedeutung – ganz anders als beim Betrachten von Leonardo's Mona Lisa im Musée du Louvre in Paris.

Andrea Mauro Ferroni

Aménagement des tâches sociales Une question de conditions cadre?!

Résumé

Les tâches relevant du domaine de la protection de l'enfant et du placement extrafamilial constituent l'un des nombreux champs d'activité aménagés et développés par les offices sociaux et les services spécialisés cantonaux. Ces tâches ne s'orientent cependant pas selon les seuls points de vue et réflexions des milieux spécialisés. Les conditions cadre ont elles aussi leur importance et leur impact: dispositions légales et ressources – et par conséquent la volonté et l'intention des milieux politiques – du gouvernement et du Parlement.

Les dispositions légales et les ressources sont-elles incompatibles avec le professionnalisme et l'éthique dans la pratique? Non! Mais il en résulte parfois des oppositions, des controverses et – comme actuellement dans les débats sur l'aide sociale – de rudes prises de positions. On en arrive toujours à ce résultat lorsque des situations sociales problématiques ne sont soit pas prises en compte, soit abusivement et unilatéralement mises au profit de campagnes politiques. La plupart du temps, les normes légales et les ressources déterminées par l'État constituent une base fiable et solide – lesdites «conditions cadre» – permettant aux tâches sociales de s'accomplir selon les règles du savoir-faire professionnel. Or, ce qui est déterminant, c'est toujours la manière d'agir des personnes au sein de ces structures, leur perception des développements et du marché et leur façon de se constituer en réseau.

Depuis de nombreuses années, mon travail se situe à l'interface entre un service spécialisé et la politique; dans ce service chargé d'accomplir et d'aménager pléthore de tâches sociales, je suis amené à prendre en compte les revendications et les moyens des deux parties.

Lorsqu'on compare les législations des cantons (alémaniques) dans le domaine du placement extrafamilial, on constate que le canton des Grisons a édicté, en 2007, sa propre loi sur l'accueil d'enfants. Celle-ci règle, en complément au droit fédéral, l'accueil et le placement d'enfants et d'adolescents hors de leurs foyers parentaux. En outre, les organisations de placement familial (OPF) ont été soumises à une autorisation obligatoire dès 2007. L'office des affaires sociales du canton des Grisons est compétent en matière de surveillance et d'autorisation des familles d'accueil, des foyers et des OPF. Il gère par ailleurs un service spécialisé chargé de préparer et d'accompagner les placements d'enfants.

Tragfähigkeit! Aber wie? Von der Kooperationsfähigkeit zur Flexibilität

Einleitung

Ich habe beim Übertitel nach dem Wort Tragfähigkeit ein Ausrufezeichen eingebaut. Denn dass die Institutionen tragfähig sein sollen, fordern alle Beteiligten – die grosse Frage ist aber das *wie*. Als erstes werde ich kurz den Auftrag und die Zielgruppe der Kantonalen BEObachtungsstation BEO-Bolligen erläutern. Bevor ich dann auf unsere Settings und Angebote eingehe, werde ich aufzeigen, wie wir versuchen, mit *Flexibilität* in den Settings und Prozessen mit den Jugendlichen und ihren Eltern in eine *Kooperation* zu kommen und warum wir durch die Flexibilität die *Tragfähigkeit* erhöhen können. Ich werde einen solchen Weg anhand eines Fallbeispiels darstellen. Solche Konzeptanpassungen haben auch Konsequenzen für die Institution, auf die ich am Schluss noch kurz eingehen möchte.

Auftrag und Zielgruppe der Institution

Die Kantonale BEObachtungsstation (BEO) hat den Auftrag, Einweisungsbehörden geeignete Plätze anzubieten, wenn diese für ihre Entscheidung betreffend zivil- oder strafrechtlicher Massnahmen oder Interventionen eine Abklärung und später eine längerfristige Betreuung mit speziellen Rahmenbedingungen benötigen. Sie bietet auch ambulante forensische Begutachtungen und forensische Therapien sowie eine ambulante Behandlungsgruppe für jugendliche Sexualdelinquenten an.

Am Standort BEO-Bolligen in Bolligen werden männliche Jugendliche platziert, wenn eine stationäre Platzierung im Vordergrund steht. Bei Platzierungen am Standort BEO-Sirius in Bern wohnen die Jugendlichen zu Hause. Deshalb können auch weibliche Jugendliche für teilstationäre Abklärungen und weiterführende Betreuungen, systemaktivierende Beratungen und teilgeschützte Berufsausbildungen aufgenommen werden. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die stationären Platzierungen in der BEO-Bolligen.

Die BEO-Bolligen muss in der Lage sein, vor allem Jugendliche mit sehr komplexen inklusive psychiatrischen Problematiken abklären zu können. Dies sind Jugendliche, die in ihrem Leben hohen Belastungen ausgesetzt waren und sind, wenig Erfolgserlebnisse und viele Beziehungsabbrüche hatten und für sich geringe erfolgsversprechende Zukunftsperspektiven sehen. Als Folge zeigen sie oft eine erhöhte Aggressions- und Gewaltbereitschaft mit selbst- und fremdgefährdendem und/oder suchtförderndem Verhalten. Insbesondere die 13 bis 15-Jährigen sind oft fast ohne Perspektive und Hoffnung und ohne Einsicht und Motivation bezüglich einer Veränderung ihres Verhaltens. Zudem zeigen sie kaum Respekt Autoritäten gegenüber und sind gleichzeitig sehr von ihren Ängsten gesteuert. Oft sind diese Jugendlichen in Gruppen von Gleichaltrigen – in der Schule, der Freizeit, in Institutionen – schon mehrmals gescheitert, konnten ihre positiven Ressourcen dort nicht entwickeln und sind in einer Gruppe kaum kooperationsfähig.

Während der Abklärung suchen wir mit dem Jugendlichen, seinen Eltern und seinem Umfeld nach den Stärken und Fähigkeiten zur Eigenverantwortung und zur Kooperation und erarbeiten und erproben für seine weitere Persönlichkeitsentwicklung die notwendigen Förderungs- und Stützmassnahmen.

Die Abklärungen ergeben oft den Bedarf nach sehr individuellen, tragfähigen, längerfristigen und interdisziplinären Betreuungen der Jugendlichen und der Familien. Wenn die Ziele mit einer Platzierung in einer anderen Institution erreicht werden können, hat dies Priorität. Da es aber zu wenig Institutionen und Plätze gibt, die auf diese Problematiken der Jugendlichen ausgerichtet sind, bietet die BEO-Bolligen auch längerfristige Betreuungen.

Kooperationsfähigkeit, Flexibilität und Tragfähigkeit

Wir gehen davon aus, dass alle Jugendlichen und ihre Eltern im Grunde kooperationsfähig sind, dass es aber an uns liegt, herauszufinden, wie diese Kooperationsfähigkeit entdeckt und aktiviert werden kann. Es ist wie beim Goldsuchen: Man sieht es nicht, weiss aber, dass es in gewissen Gegenden vorkommt. Man muss versuchen zu verstehen, wie das Gold von der Goldader in den Fluss gelangt und wie es im Fluss transportiert und abgelagert wird. Es braucht eine Menge Wissen aber auch Detektivarbeit. Das Graben und Waschen ist Knochenarbeit, bei der man auch schmutzig wird und Überraschungen erlebt.

Bei einer Platzierungsanfrage geht es oft nicht primär um die Frage, ob der Jugendliche mit seinen Vorbedingungen und seinem meist sehr auffälligen und/oder straffälligen Verhalten in eines unserer Angebote und Settings passt, sondern welchen Rahmen er braucht, um für die Abklärungen genügend kooperieren und letztlich erfolgreich neue Perspektiven entwickeln zu können.

Wichtig dabei ist immer auch die Frage, wie die Eltern am ehesten kooperieren und ihren Sohn am besten unterstützen könnten, denn es hat sich gezeigt, dass ohne echte und nachhaltige Zustimmung der Eltern die eingeleitete Massnahme mit höherer Wahrscheinlichkeit nicht den gewünschten Erfolg zeitigen wird (Schmid 2013: 151).

Um während der Platzierung an die Kooperationsfähigkeit der Jugendlichen und ihres Umfelds heranzukommen, braucht es von unserer Seite her eine hohe Flexibilität in den Settings und dem Prozess sowie die Möglichkeit, auf verschiedenste Dienstleistungen – auch von Dritten – zurück greifen zu können.

Wir müssen mit und trotz den Schwierigkeiten des Jugendlichen einen Weg suchen, um mit ihm weiter zu kommen, eine Entwicklung zu machen, auch wenn er die gleichen oder mehr Schwierigkeiten macht als vor der Platzierung und der Weg beschwerlich sein kann. Wir müssen herausfinden, was es braucht, damit er sein auffälliges Verhalten wie Gewalt, Kurvengänge, Verweigerung etc. nicht mehr «braucht».

Wir wollen dabei die uns positiv erscheinenden Kräfte im Jugendlichen, seine Lernfähigkeit und Lernbereitschaft sowie seine Ansätze zur Kooperation und zu verantwortungsbewusstem Verhalten in den Vordergrund der Arbeit stellen und nicht überwiegend auf seine schwierigen und negativen Verhaltensweisen reagieren. So versuchen wir mit der Energie des Jugendlichen mitzugehen. Wenn er sich beispielsweise völlig gegen eine Fremdplatzierung wehrt, erhält er die Möglichkeit, von zu Hause aus mit der Abklärung zu beginnen. Er muss uns dann beweisen, dass das geht und nicht wir beweisen ihm, dass er nicht mehr zu Hause wohnen kann.

Der Jugendliche muss spüren, dass wir diesen Weg mit ihm gehen und ihn nicht fallen lassen. Auch wenn er aufgrund seines Verhaltens ein anderes Setting – allenfalls auch ein geschlosse-

nes Time-out – benötigt, wird er nicht aus der Institution rausfliegen. Erst wenn sich herausstellt, dass er längerfristig einen geschlossenen Rahmen oder eine psychiatrische Institution benötigt, werden wir – in Absprache mit der einweisenden Behörde – eine solche Anschlusslösung suchen und begleiten, bis klar ist, dass sie sich längerfristig bewährt. Damit ist ein Übergang ohne erneuten Abbruch sichergestellt.

Die Forschung zeigt, dass Abbrüche gravierende Folgen auf die Bindungsentwicklung haben und die gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität von Kindern mit vielen Beziehungsabbrüchen auf dem weiteren Lebensweg eingeschränkt sind. Deshalb sollte der Herstellung einer Beziehungskontinuität in der Hilfeplanung oberste Priorität eingeräumt werden (Schmid 2013: 146f).

Dafür wird in der BEO-Bolligen für alle Jugendlichen und ihr Umfeld bei Eintritt ein internes, interdisziplinäres Team gebildet mit drei Bezugspersonen aus den Disziplinen Soziale Arbeit, Psychologie/Psychiatrie und Schule/Handwerk, sowie eine fallverantwortliche Person bestimmt. Diese Personen bleiben während der ganzen Platzierung gleich, auch wenn das Setting geändert werden muss. Das interdisziplinäre Team muss die pädagogischen, psychotherapeutischen/psychiatrischen und schulischen Interventionen eng aufeinander abstimmen und gemeinsam Ziele für die optimale Entwicklung des Jugendlichen vereinbaren. Auch die Diagnose wird interdisziplinär erarbeitet und es wird dabei überlegt, welche Auswirkungen diese für die spezifische Förderung und den Alltag mit dem Jugendlichen hat.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, dass wir, um der Zielgruppe der BEO-Bolligen mit einer hohen Tragfähigkeit gerecht zu werden, eine dezentrale, flexible und individualisierte Angebotsstruktur anbieten müssen. Deshalb führen wir seit April 2012 keine eigene Wohngruppe mehr und kaufen unterschiedlichste Dienstleistungen und Settings bei anderen Institutionen ein. Auch bei den Kooperationen mit anderen Institutionen

sind die Fallführung und -verantwortung, die psychologischen und psychiatrischen Abklärungen und die Therapie immer bei der BEO-Bolligen. Also muss auch die BEO-Bolligen selber kooperationsfähig sein, um eine hohe Tragfähigkeit garantieren zu können.

Tragfähigkeit kann entstehen, wenn es möglich ist, schwierige Situationen in bestehenden Settings so aufzufangen, dass für deren Bewältigung Handlungsspielräume geschaffen werden, um Lösungen für eine Fortsetzung des Auftrages zu erarbeiten. Deshalb haben wir intern Betreuungsformen geschaffen, welche speziell auf ausserordentliche, unter Umständen akut krisenhafte Situationen eines Jugendlichen zugeschnitten sind. Die Aufträge werden durch dafür spezialisierte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen durchgeführt. Sie können sich über stundenweise bis hin zu mehrtägigen Einsätzen erstrecken. Ziel ist es, in möglichst kurzer Zeit Jugendlichen, Eltern, Kooperationspartnern, Platzierenden und Mitarbeitenden bei Bedarf Handlungsspielraum zu ermöglichen, um Lösungen für eine Fortsetzung des Platzierungsauftrages zu erarbeiten.

Settings und Angebote

Wohnen

Entsprechend der persönlichen Situation der Jugendlichen und deren Umfeld gibt es folgende Möglichkeiten:

Professionell begleitete Gastfamilien auf dem Land als Einzelplatzierungen

Die Jugendlichen leben und arbeiten mit den Gastfamilien, besuchen tageweise unsere interne Schule und kommen zur psychologischen und psychiatrischen Abklärung und Therapie nach Bolligen. In einer zweiten Phase kommen externe Schnupperlehren oder Praktika dazu. Die Gastfamilien und die Jugendlichen werden intensiv durch uns begleitet.

Kleingruppe für zirka 13 bis 15-Jährige in den Jugendhäusern Friedegg

Die Jugendlichen wohnen in den Jugendhäusern Friedegg (www.friedegg.ch) und besuchen dort die interne Schule.

Kleinstgruppen bei Kooperationspartnern

Die Jugendlichen wohnen bei den Kooperationspartnern und werden tageweise von uns vor Ort oder in unserer internen Schule beschult.

Kooperationen mit Familienplatzierungsorganisationen

wenn unsere Gastfamilien infolge Besetzung keinen geeigneten Platz anbieten können.

Sonderbetreuungen durch unsere Sozialpädagogen

nach spezieller Indikation, als Krisenintervention und zur Verstärkung der Tragfähigkeit, stundenweise pro Tag oder für mehrere Tage im 24-Stunden-Betrieb.

Sonderformen

In speziellen Fällen benötigen wir im Rahmen der Platzierung auch die Möglichkeit für Sonderformen, wie z.B. die Erlaubnis der Einweisungsbehörde für ein **geschlossenes Time-out**, das in der Regel in der Viktoria-Stiftung in Richigen durchgeführt und von uns begleitet wird, oder die Abklärung von **zu Hause** aus zu beginnen oder dass der Jugendliche wieder dorthin zurück kehren kann. Auch kann es Situationen geben, wo sich eine kurzfristige Platzierung im **Ausland** aufdrängt. Gegen Ende der Platzierung versuchen wir auch die Betreuung am zukünftigen Lebensmittelpunkt, wie z.B. in einer **eigenen Wohnung** des Jugendlichen, ambulant mit den gleichen Bezugspersonen weiter zu führen.

Interne Schule und Arbeit als Tagesstruktur

Die interne Schule unterrichtet einzeln oder in Kleingruppen (max. fünf Jugendliche) an verschiedenen Standorten. Der Unterricht kann je nach Situation und Zielsetzung zwischen einem bis fünf Tagen besucht werden und es werden alle Fächer der öffentlichen Schule angeboten. Die Fächer und die Lernziele werden individuell den Förderbedürfnissen des Jugendlichen angepasst.

In den ersten Wochen werden primär die Selbst- und Sachkompetenz der Jugendlichen abgeklärt. Es geht darum, die Arbeitsweise und den Wissensstand der Jugendlichen zu klären, um gezielt fördern und vorhandene Lücken schliessen zu können. Dabei wird grosser Wert auf die individuellen schulischen Bedürfnisse der Jugendlichen gelegt. Ein Setting, in dem sich der Schüler, die Schülerin wohl fühlt, ist ein zentraler Aspekt im Unterricht. Im weiteren Verlauf wird auf die im interdisziplinären Team erarbeiteten Ziele in Sozial-, Selbst- und Sachkompetenz hingearbeitet.

Die Tagesstruktur bietet in der Schreinerei, Gärtnerei und Küche besonders geschützte, auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmte, individuell betreute Einzelsettings an, dies im Sinne der Ressourcensuche, oft auch zum Wiederaufbau einer geregelten Lebensweise und einer ersten arbeitsmässigen und beruflichen Klärung und Vorbereitung auf externe Versuche.

In einer zweiten Phase werden die Jugendlichen gezielt auf Anschlusslösungen (weiterführende Schulen, Lehren, etc.) vorbereitet. Dafür werden auch externe Möglichkeiten wie Schnupperlehren, Praktika, Volontariate, Ausbildungen und spezielle weitere Schulungen gesucht. Während ihrer Berufsausbildung werden die Jugendlichen bei Bedarf schulisch begleitet und unterstützt.

Interne psychologische und psychiatrische Abklärung und Betreuung

Alle Jugendlichen und deren Herkunftsfamilien werden während der Platzierung psycho-therapeutisch begleitet und die Jugendlichen werden zu Beginn der Platzierung psychodiagnostisch, psychiatrisch und berufsberaterisch abgeklärt.

Ein Fallbeispiel

Situation bei Eintritt

Der Jugendliche hatte im Sommer 2011 von einem Jugendheim ohne interne Tagesstruktur aus eine Anlehre als Landschaftsgärtner begonnen. Aufgrund seiner zunehmenden Gewaltbereitschaft drängte sich für das Heim eine Abklärung und/oder Begutachtung auf. Da er diese verweigerte, wurde der Jugendliche im Heim nicht mehr tragbar. Nach dem Ausschluss im Oktober 2011 hat der Jugendliche bei seiner Patin gewohnt. Zum Vorstellungsgespräch in unserer Institution Ende November 2011 wurde er von seiner Patin begleitet, weil seine Mutter krank war und sein Vater im Gefängnis.

Schon während den Schnuppertagen in einer unserer **Gastfamilien** zeigte sich, dass der Jugendliche nicht dort bleiben möchte. Er verhielt sich wie ein Einzelgänger, war verschlossen und nicht zu bewegen, sich auch nur versuchsweise auf eine Zusammenarbeit einzulassen. Er hielt sich nicht an Abmachungen, entzog sich den Gesprächen und übernachtete mehrere Male bei seiner Patin. Erschwerend kam dazu, dass man nur erahnen konnte, was er kognitiv versteht und was nicht.

Weil der Jugendliche auf keinen Fall in der Gastfamilie bleiben wollte, wurde nach dem Schnupperwohnen entschieden, dass er auf Wunsch seiner Mutter und Patin während der Abklärung bei seinen Grosseltern mütterlicherseits wohnen wird.

Die **psychodiagnostischen Abklärungen** zeigten, dass der Jugendliche über ein leicht vermindertes Intelligenzpotenzial verfügt und die kognitive Leistungsfähigkeit einer niedrigen Intelligenz entspricht. Die schulischen Fertigkeiten waren leicht bis mittelschwer vermindert. In der neuropsychologischen Untersuchung zeigte er in allen kognitiven Bereichen reduzierte Leistungen.

Im Bereich der Persönlichkeitsdiagnostik schätzte sich der Jugendliche selber als rasch erregbar und aggressiv sowie im Leben tendenziell als unzufrieden ein. Er hatte allgemein wenig Zugang zu seinen Gefühlen. Er schwankte zwischen angemessenem Gefühlsausdruck und Gefühlsausbrüchen hin und her und zeigte eine erhöhte Somatisierungstendenz. Er hatte einen vermeidenden Erlebnistypus entwickelt und war im Wahrnehmen, Erleben und Denken wenig differenziert.

Ungenügende psychische Ressourcen und geringe soziale Fertigkeiten machten ihn anfällig, bereits mit Alltagssituationen an seine Grenzen zu stossen und gestresst und überfordert zu reagieren. Seine sozialen Fertigkeiten waren sehr gering, so dass soziale Situationen für ihn rasch belastend wurden. Er hatte gelernt, dass er mit Schweigen und Vermeidung, aber auch mit Drohungen gegenüber anderen oder mit Suizidandrohungen, Probleme für den ersten Moment umgehen konnte und hatte erfahren, dass allenfalls auf diese Weise seine Forderungen erfüllt werden.

Schon die erste Kontaktaufnahme mit seinem **Arbeitgeber** hatte gezeigt, dass sich dieser sehr für den Jugendlichen einsetzte. In der Gewerbeschule war sein Verhalten sehr schwierig und seine Ausbildung dadurch gefährdet.

Weiterer Verlauf

Wir haben mit den Grosseltern eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen und die sozialpädagogische Bezugsperson ging wöchentlich dort vorbei, um mit den Grosseltern und dem Jugendlichen Gespräche zu führen.

Die ersten Wochen verliefen gut, doch mit der Zeit überforderte der Jugendliche durch seine drohenden, einschüchternden und aufbrausenden Reaktionen seine Grosseltern wiederholt. Es kam zu massiven verbalen und physischen Gewaltausbrüchen des Jugendlichen, sodass der Sozialpädagoge verschiedentlich auch am Abend vorbeigehen musste, um zu schlichten.

Bei der Arbeit hatten sich seine Krankheitsabsenzen zu Beginn stark vermindert, doch nahmen sie wieder zu. Der Jugendliche benötigte eine intensive Begleitung bei der Arbeit. Er verweigerte jedoch zunehmend eine konstruktive Zusammenarbeit und log den Arbeitgeber betreffend die Gründe seiner Absenzen an. Das Verhalten in der Gewerbeschule hatte sich nicht verbessert und im März 2012 wurde er deswegen aus der Schule ausgeschlossen, konnte aber in einer anderen Gewerbeschule aufgenommen werden.

Ostern 2012 verbrachte der Jugendliche bei seiner neuen Freundin. Danach weigerte er sich, zu seinen Grosseltern zurückzukehren. Da sich die Mutter seiner Freundin für ihn einsetzte und anerbot, ihn aufzunehmen, wurde auf seinen Wunsch hin entschieden, dass seine Betreuung dort weitergeführt werde, solange diese Wohnsituation für alle Beteiligte tragbar sei. Auch dort wurde er wöchentlich von seinem Sozialpädagogen besucht.

Der Jugendliche veränderte sein Verhalten, wurde einsichtiger und lernte langsam, an den Gesprächen teilzunehmen und seine Meinung zu äussern. Die Abmachungen, die er mit seiner Freundin und ihrer Mutter ausgehandelt hatte, hielt er ein und nahm am ganzen Familienge-

schehen teil. Er konnte seine Schulden abbauen, wurde nicht mehr angezeigt, hielt sein Bahnfahrverbot ein, distanzierte sich von seinen Hooligan-Kollegen und konsumierte keine illegalen Drogen und nur wenig Alkohol. Auch verbesserte sich seine Beziehung zu seiner Mutter.

Bei der Arbeit wurde es hingegen zusehends schwieriger und der Arbeitgeber drohte ihm verschiedentlich, dass er die Arbeitsstelle verliere. Der Jugendliche fühlte sich durch die Überforderung bei der Arbeit psychisch immer mehr belastet, war wieder vermehrt suizidal und musste häufig krankgeschrieben werden. Nach verschiedenen massiven Auseinandersetzungen, auch mit seiner Psychologin und Psychiaterin, konnte er eingestehen, dass ihm der Beruf des Landschaftsgärtners nicht gefalle. Da sich herauskristallisierte, dass er einen geschützten Ausbildungsplatz benötigt, wurde er bei der IV angemeldet. Ende August 2012 wurde das Lehrverhältnis im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst.

Der Jugendliche kam von nun an in den Arbeitsbereich der Tagesstruktur der BEO-Bolligen. Anfangs gab er sich sehr Mühe und versuchte, die Anweisungen zu befolgen, doch verschlechterten sich sein Verhalten und sein Arbeitseinsatz rapide. Die Zusammenarbeit gestaltete sich schwierig, da sich der Jugendliche nur bedingt führen liess und wenn ihm etwas nicht passte, reagierte er mit groben Beschimpfungen und Drohungen. Die von uns initiierte Berufsberatung hatte keine brauchbaren Ergebnisse gebracht, da sich der Jugendliche in der Beratung verweigerte. Unsere intensive Suche nach einer Lehrstelle als Maler, was seinem Wunsch entsprochen hätte, blieb lange erfolglos.

Die zuständige Sozialarbeiterin der einweisen den Behörde hat ihm nach seinem 18. Geburtstag eröffnet, dass er nicht in der BEO-Bolligen bleiben *müsse*. Wenn sich sein Verhalten bessere, *dürfte* er aber bleiben und die Finanzierung werde übernommen. Diese neue Ausgangslage scheint

beim Jugendlichen einiges bewirkt zu haben. Seine Motivation ist gestiegen und auch sein Verhalten hat sich sichtlich verbessert.

Nach verschiedenen Schnupperlehren und Arbeitseinsätzen konnte er ab April 2013 in einer Institution für junge Menschen mit besonderem Förderbedarf als Maler arbeiten, mit der Option, bei gutem Verhalten und Einsatz ab Sommer 2013 eine praktische Ausbildung nach INSOS als Praktiker Malerei mit interner Gewerbeschule zu erhalten, wenn die BEO-Bolligen weiterhin die Alltags-, Wohn- und psychologische Betreuung übernimmt. Dies hat er geschafft und wir sind mit der Ausbildungsinstitution eine Kooperation eingegangen.

Infolge von Meinungsverschiedenheiten mit seiner Freundin wohnte der Jugendliche ab Juni 2013 vorübergehend bei seiner Patin. Die Wochenenden durfte er weiterhin bei der Freundin und ihrer Mutter verbringen. Per Ende August hat er eine WG gefunden.

Aktuelle Situation und Entwicklung

Das selbständige Wohnen funktioniert gut und auch in der Ausbildung läuft es nach Startschwierigkeiten gut. Durch seine konstant gute Leistung ist die Ausbildung als Maler mit der des Gipsers ergänzt worden. Zudem hat er die Option erhalten, bei weiterhin so guter Leistung, auch das zweite Lehrjahr dort absolvieren zu können.

Der Jugendliche kann inzwischen Kritik annehmen und sein Verhalten verändern. Mit Veränderungen kann er besser umgehen, fühlt sich nicht mehr sofort angegriffen und fällt nicht ins frühere Drohen zurück. Ganz allgemein benimmt er sich seinen Mitmenschen gegenüber freundlicher. Des Weiteren werden ihm seine Transparenz und Ehrlichkeit hoch angerechnet. Er schätzt sich realistisch ein, steht offen zu seinen Schwierigkeiten und übernimmt Selbstverantwortung für das, was er macht. Er ist ein verlässliches Ge-

genüber und hält seine Termine grösstenteils ein. Auch ist Suizidalität kein Thema mehr.

Auch sein Umfeld scheint von seiner ganzen Entwicklung profitiert zu haben. Seinen leiblichen Vater, zu dem er während Jahren keinen Kontakt mehr hatte, trifft er wieder. Auch hat er einen guten Draht zu seinem Stiefvater gefunden, was auch zu einer Verbesserung der Beziehung zwischen seiner Mutter und dem Stiefvater sowie zur Schwester des Jugendlichen geführt hat. Bemerkenswert ist schliesslich der Umstand, dass er seine Mutter damit konfrontiert hat, dass sie in den letzten Jahren von der Sozialhilfe gelebt habe und sich nicht wirklich um Arbeit gekümmert habe. Seit kurzem geht die Mutter nun einer Arbeit nach.

Konsequenzen der Konzeptanpassung auf die Institution

Da das Bundesamt für Justiz (BJ) nur Institutionen mit einem eigenen Gruppenangebot subventioniert, haben wir mit dem neuen Konzept die BJ-Subventionen verloren. Dies hat einen Einfluss auf die Tarife: wir müssen die weggefallenen CHF 80/Tag/Jugendlichen auf den Tarif schlagen. Auch werden wir für die anstehende Sanierung keine BJ-Subventionen erhalten.

Gewisse Settings werden – trotz IVSE-Anerkennung der BEO-Bolligen – nicht in allen Kantonen über die IVSE-Verbindungsstelle finanziert.

Die durch die Erhöhung der Tragfähigkeit zugekommene Komplexität der Problemstellungen bei den aufgenommenen Jugendlichen und deren Umfeld und die damit einhergehende geringe Stabilität erfordern einen deutlich erhöhten, oft notfallmässig notwendigen Steuerungsbedarf bei den fallführenden Personen und der Direktion der Institution. Nur dank der kapazitätsmässigen Stärkung dieser beiden Führungsfunktionen konnten die Anforderungen an die Quantität und

Qualität und die genügende Unterstützung der Kooperationspartner weiterhin gewährleistet werden.

Durch die Dezentralisierung sind wir darauf angewiesen, dass die Mitarbeitenden im sozialpädagogischen Bereich selbständig und eigenverantwortlich arbeiten können. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Ausbildung erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Aufgrund des Verzichts auf eine eigene Wohngruppe haben wir nicht mehr genügend Einsatzmöglichkeiten für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Ausbildung, die den Vorgaben der Ausbildungsstätten entsprechen würden. Deshalb mussten wir gewisse Ausbildungsstellen in Stellen für ausgebildete Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen umzuwandeln.

Diese Veränderungen in den Personalressourcen, das Wegfallen der BJ-Subventionen und das Einkaufen der Dienstleistungen bei Dritten bewirkten, dass wir unsere Tarife leicht nach oben anpassen mussten.

Literatur

Schmid, M. (2013): Psychisch belastete Kinder und Jugendliche in der stationären Kinder- und Jugendhilfe – eine kooperative Herausforderung. In: Integras (Hrsg.): Leitfaden Fremdplatzierung, S. 141–159

Qualité et stabilité, oui mais comment? De l'aptitude à coopérer vers la flexibilité

Résumé

La Station cantonale d'observation (BEO) a pour mission de proposer aux autorités de placement des places adéquates lorsqu'elles ont besoin, suite à leurs décisions ou interventions concernant des mesures de droit civil ou pénal, qu'un jeune soit évalué et ensuite pris en charge à long terme dans un cadre offrant des conditions spécifiques. La BEO doit mettre à disposition des offres et des modalités de prise en charge qui soient adaptées aux besoins des instances de placement ainsi que des jeunes et de leurs parents.

Elle doit être en mesure d'évaluer et d'encadrer en premier lieu des adolescents présentant des problématiques très complexes, y compris d'ordre psychiatrique. Par le passé, ces jeunes ont été exposés à des situations de stress important, n'ont guère vécu d'expériences valorisantes mais de nombreuses ruptures relationnelles, de sorte qu'à leurs propres yeux, l'avenir ne leur réserve que peu de perspectives de réussite. En réaction à cela, ils montrent souvent une propension à des conduites agressives et violentes dirigées contre eux-mêmes et contre autrui, et/ou des comportements favorisant la toxicodépendance. Il est fréquent de voir des jeunes, notamment âgés de 13 à 15 ans, qui sont quasiment sans perspectives ni espoir et qui ne disposent ni du discernement ni de la motivation nécessaires pour envisager un changement de leur comportement. En outre, ils ne font guère preuve de respect à l'égard de l'autorité, tout en se laissant largement guider par leurs peurs internes. Ces adolescents ont souvent vécu des expériences d'échecs répétés dans des

groupes d'autres jeunes de leur âge – que ce soit dans le cadre de l'école, des loisirs ou des institutions –, si bien qu'ils n'ont pas pu y développer leurs ressources positives, et cela les rend relativement inaptes à la coopération au sein d'un groupe.

Notre expérience nous a enseigné que nous devons, si nous voulons répondre aux besoins de ce groupe spécifique en lui garantissant un haut niveau de qualité et de stabilité, lui proposer une offre structurée de façon décentralisée, flexible et individualisée. Il est nécessaire de prévoir des modalités et processus de travail d'une grande flexibilité, ainsi que la possibilité de recourir à des services très divers. C'est pourquoi la BEO propose ses offres dans deux lieux différents (BEO-Bolligen et BEO-Sirius), en se procurant une grande variété d'aides et de prestations auprès d'autres institutions. La BEO assume toujours la conduite et la responsabilité des cas, également lors de ces coopérations-là. Pour chaque jeune et son entourage, une équipe interdisciplinaire est formée et une personne responsable déterminée. Le fait que les professionnels travaillent sous le même toit leur permet de se concerter rapidement et sans complications; les jeunes et leurs familles n'ont ainsi plus besoin de s'adresser à des services spécialisés.

Nous essayons d'élaborer, en coopération avec les autorités et, si possible, avec l'adolescent-e et ses parents, des conditions cadre qui permettent d'amorcer le processus d'évaluation – même s'il est prématuré, à ce stade, d'attendre de la part des personnes concernées une réelle disponibilité à coopérer. Par conséquent, la question qui se pose souvent en premier lieu lors d'une

demande de placement n'est pas de savoir si le jeune, qui arrive avec son bagage de circonstances personnelles et la plupart du temps avec ses problèmes comportementaux et/ou ses conduites délinquantes, est en adéquation avec nos offres et modalités de travail, mais il s'agit de s'interroger de quel cadre il a besoin pour pouvoir participer suffisamment aux évaluations et pour développer ensuite avec succès de nouvelles perspectives de vie. Il faut également toujours se poser la question des conditions dans lesquelles les parents seront le mieux à même de coopérer et de soutenir le mieux possible leur fils, ou leur fille s'il s'agit de BEO-Sirius. Durant le séjour, notre travail consiste à rechercher, avec l'adolescent-e, ses parents et son entourage, ses ressources personnelles et ses capacités à prendre des responsabilités et à coopérer, puis nous élaborons et testons les mesures d'encouragement et de soutien nécessaires au développement ultérieur de sa personnalité.

Les évaluations débouchent souvent sur le constat que les jeunes et leurs familles ont besoin de modes de prise en charge très individualisés, stables, interdisciplinaires et conçus pour le long terme. Lorsqu'il semble que les objectifs pourront être atteints en plaçant le jeune dans une autre institution, cela devient la priorité. Or, vu le manque d'institutions et de places adaptées aux jeunes ayant ce type de problématiques, la BEO propose également des prises en charge à plus long terme.

Qualité et stabilité, oui mais comment? L'exemple de la Fondation Petitmaître à Yverdon-les-Bains

Tout d'abord, une brève présentation de la Fondation Petitmaître, afin de situer le contexte: le Foyer est l'un des sept secteurs d'activité de la Fondation et aussi le premier, puisqu'il a ouvert ses portes en 1961.

Depuis d'autres structures se sont développées, à commencer en 1994 par un accueil socio-éducatif de jour pour une vingtaine d'enfants en âge scolaire. Dans ce secteur, comme au Foyer, les admissions se font à la demande du SPJ (Service de protection de la jeunesse) ou de l'OCTP (Office des curatelles et tutelles professionnelles). L'accompagnement vise à travailler avec des familles qui rencontrent des difficultés éducatives avec leurs enfants pour qu'elles puissent reprendre une relation parents-enfants plus équilibrée.

Lieu de dépistage de problèmes de maltraitance ou de négligences plus graves, il arrive que les éducateurs travaillent à l'accompagnement d'un placement de l'enfant. Parfois l'ASEJ peut proposer un suivi en aval d'un placement en Foyer d'où l'importance des synergies et des liens entre nos deux lieux d'accueil.

En 1997, a vu le jour l'AEME (Action éducative mères-enfants). Cette structure vise à permettre la mise en place d'un lien précoce d'attachement dans des conditions sécurisantes pour l'enfant et pour sa mère. Les demandes d'admissions proviennent également du SPJ et de l'OCTP et concernent aussi bien des mères mineures que des mères majeures. Il s'agit souvent d'une mesure qui évite une séparation précoce, même si

les éducateurs accompagnent régulièrement la mise en place de relais d'accueil pour les enfants.

D'où l'importance de notre réseau régional de familles d'accueil relais, qui offre des places aussi bien aux bébés des mères de l'AEME qu'aux enfants du Foyer. Là encore, les liens que nous entretenons avec ce réseau de familles d'accueil est essentiel à la sécurité des enfants et des familles qui peuvent accepter ces relais dans une certaine sécurité, sans se sentir disqualifiés.

Un autre secteur qui est partie intégrante du fonctionnement institutionnel et qui a été créé en 1997 est celui de la Cuisine du Parc. L'origine de ce secteur me paraît intéressante à évoquer, car elle illustre notre volonté d'intégrer activement les parents dans le processus de prise en charge des enfants au Foyer. En effet, la Cuisine du Parc propose des mesures de réinsertion socio-professionnelle à des adultes parmi lesquels il y a des parents d'enfants accueillis au Foyer. La Cuisine du Parc produit et livre actuellement environ 450 repas par jour dans différentes cantines scolaires et aux différents secteurs de la Fondation, dont le Foyer. Symboliquement, les parents qui travaillent à la cuisine gardent un rôle nourricier auprès de leur enfant.

Depuis un peu plus de deux ans, nous gérons également un restaurant scolaire qui accueille env. 150 enfants pour les repas de midi, en collaboration avec la Commune d'Yverdon. Ce secteur (comme le Prix du Mérite Petitmaître) décerné chaque année à un élève de chaque classe d'Yverdon) sont des activités hors édu-

cation «spécialisées». Instruments d'amélioration d'image, elles nous permettent de diminuer la stigmatisation des enfants et familles pris en charge par ailleurs: notre institution s'occupe de tous les enfants et pas seulement ceux «à problèmes».

Le dispositif institutionnel est complété par deux structures MATAS (modules d'activités temporaires et alternatives à la scolarité). Une appellation un peu compliquée pour définir des structures qui collaborent avec les établissements scolaires dans des situations d'enfants manifestant de l'inadaptation, voire de la souffrance dans leur environnement scolaire. Ces deux structures sont le fruit d'une réflexion commune entre l'école et l'institution et d'une confiance réciproque patiemment construite.

Pour nous centrer maintenant sur le Foyer, quelques informations de base: Le Foyer, situé en ville à Yverdon-les-Bains, accueille 16-17 enfants en âges scolaires (à priori 6-16 ans...) à la demande du Service de protection de la jeunesse, de l'Office des curatelles et tutelles professionnelles ou du Tribunal des mineurs. Il s'agit d'offrir un cadre de vie extérieur à la famille à des enfants en raison de difficulté familiales, éducatives et/ou sociales. Nous tenons à ce que la scolarité et d'autres prestations (de soins, de loisirs...) se déroulent à l'extérieur de l'institution, dans les structures officielles en ville d'Yverdon-les-Bains. Actuellement un nouveau Foyer est en cours de construction, pour remplacer l'actuel, vétuste et qui ne répond plus aux normes minimales de sécurité et de conditions de vie.

A défaut de savoir ce que nous faisons, je vais essayer de vous présenter comment nous faisons au quotidien, pour que parents et enfants ne soient pas amenés à mettre à mal le placement, mais qu'ils soient partie prenante de celui-ci.

Je vais commencer par le travail auprès des enfants:

- En premier lieu il nous paraît essentiel de construire un lien significatif avec l'enfant car cela permet un engagement mutuel dans la durée, un travail sur le plan émotionnel. Exprimer nos sentiments, notre ressenti, permet bien souvent à ce que l'enfant exprime les siens et éviter que les sentiments négatifs s'expriment par des «symptômes»...
- Sans perdre de vue que ce lien sécurisant d'abord avec l'éducateur de référence, puis avec l'équipe éducative, doit servir de base à l'enfant pour construire des relations et des liens en dehors de l'institution. Il n'est pas imaginable qu'un enfant ait comme unique modèle relationnel celui construit avec les éducateurs si nous voulons le préparer à une vie non institutionnelle.
- Un autre point central est qu'au Foyer Petitmaître il n'y a pas de règlement, ni de catalogue de sanctions. Les lois en vigueur à l'extérieur sont aussi valables à l'intérieur. Ainsi, si le vol, les coups, les insultes et autres sont interdits à l'extérieur, ils le sont aussi à l'intérieur du Foyer! Et les conséquences sont les mêmes. Si le délit est d'ordre à nécessiter l'intervention de l'autorité judiciaire, il n'y a pas de raison pour qu'il en soit autrement dans le cadre du Foyer. Par contre il existe des règles de vie construites avec les enfants, où l'accent est mis sur le sens et sur des valeurs partagées et non sur un point de vue imposé par l'adulte. Quand il y a transgression, il s'agit essentiellement de penser en termes de réparation, de décentration, d'empathie... plutôt que de punition ou de sanctions. Les règles de vie, les valeurs, les interdits sont notamment discutés dans le cadre de notre réunion de maison, l'Agora.
- L'Agora est un processus qu'on pourrait qualifier de citoyen. Il est l'organe d'élaboration et de régulation, un espace d'expression et de négociation où chacun peut donner son avis, soumettre une proposition, demander à redéfinir les modes de faire. L'Agora permet

aussi de faire appel à l'intelligence communautaire: la meilleure idée n'est pas forcément celle d'un adulte... L'Agora est aussi un outil où se développent l'empathie, la décentration, la prise de conscience des conséquences des actes. Ainsi quand un enfant qui a subi la disparition d'un objet auquel il tenait particulièrement peut exprimer devant tout le monde ce que cela lui a «fait», ça fait réfléchir...

Les valeurs communes comme la sécurité, le respect, la solidarité et la tolérance sont mises en avant par le groupe qui est garant de leur respect par les enfants comme par les adultes.

- Comme je le laissais entendre plus haut, l'institution ne doit pas prendre toute la place dans la vie d'une famille, d'un enfant. C'est pourquoi il est primordial pour nous que l'enfant ait des liens extérieurs au Foyer. Quand un enfant ne peut quitter l'institution pour aller dans sa famille, nous nous employons à trouver une famille d'accueil qui soit apte à prendre des relais pour des week-ends et des vacances. Il s'agit d'avoir quelqu'un qui l'attend, qui pense à lui, qui lui offre un modèle relationnel et familial différent de celui que l'enfant a connu. Le travail que nous effectuons auprès de notre réseau de familles d'accueil relais vise à faire en sorte que les familles puissent considérer leur engagement auprès d'un enfant dans une certaine durée et dans un esprit de respect par rapport à la famille biologique. Les liens que nous cultivons avec ces familles permettent à des enfants en difficulté dans leur développement social et relationnel de par leur vécu, d'accepter de prendre le risque de faire à nouveau confiance à des adultes. Cet aspect du travail est particulièrement important pour des enfants qui restent longtemps dans l'institution, sans perspective de retour dans leur famille d'origine. Et parfois les histoires qui se tissent sont très belles et touchantes...
- Dans le même esprit d'ouverture du Foyer vers l'extérieur, d'éviter une trop grande institutionnalisation et de viser l'intégration des enfants dans le tissu social de la ville, la sco-

larité, les soins et la plupart des loisirs sont organisés à partir des structures existantes: écoles publiques et spécialisés de la ville, services de soins thérapeutiques extérieurs, clubs sportifs et de loisirs de la région, etc. Cela permet aussi une continuité lorsque l'enfant quitte l'institution. D'ailleurs, ce sont souvent les parents à qui nous demandons de mettre en place ces activités pour leur enfant.

Ce qui m'amène à vous parler de l'importance que nous mettons au maintien des figures parentales de manière concrète et symbolique. Le soutien à la fonction parentale, en plus d'être une des missions prioritaires de notre travail, est pour nous l'autre aspect qui permet à un placement d'être «viable» pour les enfants et les familles.

- Ce soutien commence dès le début du processus d'admission, auquel nous associons les parents pour qu'ils puissent exprimer leur compréhension/incompréhension de la mesure envisagée, leurs craintes, leur douleur... Nous mettons en place un accueil chaleureux dès le départ pour que le Foyer leur soit accessible. Cette période nous permet de poser les bases de la collaboration avec eux.
- Nous mettons une grande importance à soigner une posture à côté des parents pour chercher ensemble la manière d'atteindre les objectifs déterminés par le service placeur ou pour affronter les problèmes posés par l'existence. Nous sommes très attentifs à garder une attitude non disqualifiante et à partir des possibilités actuelles des parents, soit, leurs compétences. Les éducateurs veillent à construire une alliance éducative forte basée sur les besoins des enfants. En effet, même un parent qui n'a pas pu ou su protéger son enfant souhaite son bien-être et un avenir meilleur pour lui. Nous pensons qu'il est donc nécessaire d'accorder du pouvoir aux parents, très concrètement, qu'ils puissent décider de certains aspects de la vie de l'enfant, comme l'heure du coucher, l'hygiène, la manière d'utiliser les médias, l'organisation de la semaine...

- Dès le départ les parents partagent avec les éducateurs le pouvoir décisionnel. L'incarnation de ce pouvoir est le plan individuel (un tableau des activités hebdomadaires) qui est construit et négocié entre les parents, l'éducateur et l'enfant. Le plan individuel est également un outil qui permet de réfléchir avec les parents aux besoins de l'enfant. Et aux enfants de se conformer à des décisions prises par leurs parents. Le plan est un outil qui se construit et qui évolue tout au long du placement. Il n'est pas rare qu'en début de séjour le plan ne contienne que très peu d'indications. Il symbolise donc aussi l'évolution de la collaboration et de la réflexion commune sur les aspects éducatifs avec les parents.
- La plupart du temps, quand un enfant est placé, c'est comme si le parent perdait toute compétence, toute capacité à effectuer les tâches en lien à son enfant. Il nous semble important de lui signifier que l'enfant et nous avons besoin de lui de manière concrète, par exemple en préparant la chambre de l'enfant avant son arrivée au Foyer avec des éléments de décoration, en faisant le lit, en allant faire quelques achats, etc.
- Par la suite, nous veillons à ce que les parents continuent à maintenir un rôle auprès des enfants: certains viennent au Foyer nettoyer régulièrement la chambre de l'enfant, faire sa lessive, les devoirs, ... (dans ce sens, nous avons renoncé à une lingère). Même une mère qui n'a pas accès à ses enfants pour des raisons de protection continue à venir pour entretenir la chambre en leur absence, peut leur laisser un petit mot sur le lit... D'autres continuent à s'occuper d'un aspect particulier de la prise en charge de l'enfant, comme par exemple des rendez-vous médicaux, l'inscription au club de foot, ...
- Un autre outil que nous utilisons pour travailler la relation parent-enfant est celui des activités partagées: les éducateurs organisent régulièrement, surtout durant les périodes de vacances ou les week-ends, des activités auxquelles les parents sont conviés à participer.

Une sortie à la plage ou une descente en luge sont l'occasion de travailler sur les interactions éducatives, mais aussi d'avoir juste du plaisir à partager un moment avec son enfant dans de bonnes conditions. Le parent peut ainsi aussi s'inspirer des interactions entre éducateurs et enfants.

- Partant de l'idée que les parents ont des compétences, nous les reconnaissons et nous appuyons sur celles-ci pour qu'ils contribuent à l'organisation de moments conviviaux au sein de l'institution, telles la fête de fin d'année ou les grillades de la rentrée scolaire. Ces moments nous permettent de nous retrouver dans une ambiance festive, tout en évitant que les parents soient en position de «consommateurs» mais réellement partenaires.
- Tout ce travail relationnel que les éducateurs mettent en œuvre avec les parents a une grande importance dans la connaissance, la reconnaissance réciproques: la culture familiale spécifique de chaque famille, l'histoire avant l'entrée au Foyer, les valeurs de chacun..., sont autant d'éléments qu'il est nécessaire de prendre en compte pour construire la collaboration. Au bout du compte, les parents ont souvent autant besoin que les enfants d'être considérés sans jugement et de vivre une expérience relationnelle positive. C'est grâce à cela que nous pouvons aborder avec eux les aspects en lien avec leurs propres besoins, la nécessité pour eux de faire un bout de chemin pour tenter d'améliorer leur propre situation, la nécessité de se soigner pour pouvoir offrir à l'enfant un parent qui va mieux...
- Dans cette perspective, les synergies que nous pouvons mettre en place avec d'autres secteurs comme la Cuisine et l'Atelier du Parc sont précieuses. Que ce soit pour retrouver un rythme de vie, pour être moins seul (les parents sont souvent isolés), pour une véritable réinsertion socio-professionnelle ou pour offrir une alternative à une peine de prison, les parents peuvent trouver dans ces activités professionnelles une valorisation et une réelle possibilité d'évolution.

- Il nous arrive aussi régulièrement d'intervenir à domicile, non pas pour juger de ce qu'il s'y passe ou pour des entretiens formels. Souvent, nous y allons juste pour boire un café quand c'est difficile pour les parents de venir à l'institution, dans le sens d'établir des ponts. Parfois, nous allons à domicile aussi pour mener des actions concrètes discutées avec eux: faire un ménage à fond quand c'est une opération difficile (tout en réfléchissant à comment faire pour que cela dure), poser une barrière sur un escalier dangereux duquel la mère qui s'alcoolise régulièrement est déjà tombée (tout en discutant du suivi dont elle aurait besoin), remettre à neuf une chambre d'enfant pour permettre un accueil de meilleure qualité quand il rentre le week-end...

Conclusions:

Est-ce que finalement nous savons ce que nous faisons?

Je pense que finalement il est important de répondre oui à cette question, car nous nous devons de savoir ce que nous faisons... dans le sens d'un processus, des postures adoptées, des liens qui permettent les meilleures évolutions possibles chez les enfants, chez des parents fortement carencés...

Notre rôle est celui d'accompagner, d'être confiants dans la capacité des enfants, des parents, du système familial à trouver leurs propres solutions, leurs propres projets. C'est leur permettre de devenir acteurs/sujet et de sortir du rôle de victime dans lequel les parents sont trop souvent enfermés.

Reconnaître les compétences, c'est aussi pouvoir admettre les limites – nos limites – pour que les familles puissent accepter les leurs. La position de modestie est bien plus utile qu'une attitude d'experts en éducation.

S'appuyer sur les compétences, c'est aussi parfois prendre le risque d'exposer les enfants. La démarche demande aussi une réflexion constante afin de ne pas confondre les besoins des parents et ceux des enfants. Nos axes de travail ne sont en outre pas toujours faciles pour les éducateurs: ils demandent une grande rigueur et un engagement relationnel important.

Après une vingtaine d'années de recul, les témoignages de nombreux «anciens» (parents ou enfants que nous avons suivis et avec lesquels des liens perdurent dans le temps) nous confortent dans cette approche.

Nous pensons que nous minimisons les conflits de loyauté comme les risques de rupture, de rejet, d'exclusion... par un investissement dans la qualité des liens construits avec les enfants comme avec les parents. Celui-ci permet aux liens de durer... Les ruptures sont rares et, si une séparation s'avère nécessaire, nous la construisons dans le sens d'une impossibilité de notre part à répondre aux besoins de la famille, en assumant notre part de responsabilité: jamais en disqualifiant l'enfant ou la famille.

Et bien souvent les liens ne sont pas rompus, même après le départ de l'enfant, que cela soit lorsque notre part de mission est accomplie comme quand nous avons eu à passer la main en cours de chemin.

Le carburant de notre moteur (outre la conviction de faire un travail utile) est le plaisir dans le travail relationnel que nous faisons, finalement basé sur l'intérêt porté à chaque personne!

Claudia Matti

Tragfähigkeit, aber wie? Beispiel der Stiftung Petitmaître in Yverdon-les-Bains

Abstract

Das Heim Petitmaître in Yverdon-les-Bains besteht seit 1961 und ist Bestandteil der Stiftung Petitmaître. In Zusammenarbeit mit dem Heim hat die Stiftung ein vielfältiges Angebot an Leistungen im sozialpädagogischen Bereich entwickelt. Mehr Infos dazu: www.fpy.ch.

In unserer täglichen Arbeit legen wir besonderen Wert auf eine intensive Mitwirkung des Kindes sowie seiner Eltern. Für uns macht Partizipation oder Zusammenarbeit nur dann Sinn, wenn in der Beziehung jede oder jeder Einzelne, sei es in individuellen oder kollektiven Aspekten des Projektes, als Akteur, Autor, Subjekt, definiert ist. Um die Arbeit auf allen Ebenen der Institution kohärent zu gestalten, wurden verschiedene Praktiken und Instrumente entwickelt.

Ein Beispiel: Von Anfang an wird reelle Autorität unter der Form von konkreten Machtmitteln an die Eltern zurückvermittelt, dies in Übereinstimmung mit unseren Zielsetzungen in Bezug auf die Rehabilitation der elterlichen Kompetenzen. Aufgrund einer starken pädagogischen Allianz mit den Eltern können sich die Pädagoginnen und Pädagogen auf diese abstützen. Die Eltern nehmen vollumfänglich an Entscheidungen, an der Ausübung der Autorität und an der Erarbeitung von Lösungen teil, sowie auf Absprache an gewissen Erziehungsaufgaben auch innerhalb des Heims.

Ein Beispiel: Wir erachten unsere begleitende Funktion für die Eltern und das Kind als wichtig. Ausgehend von schon erworbenen Kompetenzen arbeiten wir an der Erreichung der Ziele, die mit der platzierenden Organisation definiert worden sind, sowie an der Lösung von Problemen. Wir sorgen dafür, dass die Suche nach Antworten gemeinsam mit dem Kind und seinen Eltern erfolgt. Wenn es zu Konfrontationen kommt, fokussieren wir unsere Antworten auf die Nichtbeachtung der Kindsbedürfnisse oder der gemeinsam definierten Werte. Auch wenn es uns hin und wieder nicht gelingt, einem zu stark belasteten Kind zu helfen, übernehmen wir dafür die Verantwortung. Wir denken dann gemeinsam mit dem Kind, seiner Familie und der platzierenden Instanz über die Möglichkeit einer neuen Etappe nach, die den Bedürfnissen des Kindes besser entspricht, ohne dieses zu disqualifizieren.

Ein Beispiel: Es gibt keine Hausordnung, aber gemeinsame Werte. In einem demokratischen Prozess nimmt das Kind an der Erarbeitung der in die Praxis umzusetzenden Vorgänge teil. Die Kindergruppe trägt zusammen mit den Pädagoginnen und Pädagogen die Verantwortung für die Beachtung der definierten Werte, die auch von den Erwachsenen respektiert werden. Dadurch wecken wir auch die Bereitschaft zu Empathie, Dezentrierung, Bewusstseinsentwicklung, und befähigen die Kinder, Lösungen zu finden anstatt ihnen die unsrigen aufzuzwingen.

Ein Beispiel: Interaktionen basieren auf Wohlwollen und der Beachtung der Rechte anderer Menschen. Die Kinder und ihre Eltern haben so die Möglichkeit, neue Interaktionen zu erproben, die mit unseren gemeinsamen Werten übereinstimmen. Sie erhalten dadurch Zugang zu Alternativmodellen, die soziale und familiäre Dimensionen enthalten.

Ein Beispiel: Unser Ziel ist ein offenes Haus in natürlicher Umgebung: Sport, Pflege, Freizeitaktivitäten finden fast gänzlich ausserhalb statt. Wir beziehen uns auf Ressourcen und Normen der Aussenwelt, genauso wie es eine Familie tun kann. Kontinuität im Anschluss an die Platzierung ist unser Ziel. Wir entwickeln ein Netz von Anschluss-Pflegefamilien und geben so dem Kind die Möglichkeit, sein eigenes Beziehungsnetz auszubauen und neue Beziehungskompetenzen zu erwerben.

Die entwickelten Instrumente und Konzepte, die für eine kohärente Arbeitsweise notwendig sind, erfordern einen starken Einbezug der Mitarbeitenden in die tägliche Praxis. Sie stellen die Qualität der Arbeit sicher und helfen den Mitarbeitenden auszuhalten: unseres Erachtens sind genau diese bedeutsamen Bindungen und diese emotionale Arbeit Gelingensfaktoren für die Kontinuität eines gegenseitigen Engagements. Oft bestehen die Bindungen noch lange nach Ende unserer Begleitarbeit. Wir versuchen, Abbrüche und Misserfolge so weit wie möglich zu vermeiden, doch kennen wir solche ebenfalls.

Diesen Arbeitsansatz hat unsere Institution im Laufe der Jahre entwickelt, ohne sich dabei auf ein spezielles Modell zu berufen. Anregungen findet sie bei humanistischen Modellen (Bindungen) und systemischen Arbeitsweisen, in welchen sich die Mitarbeitenden gemeinsam ausgebildet haben (Analyse, Positionierung, Strategie). Wichtige Gemeinsamkeiten bestehen mit der Arbeitsweise der in Belgien von Roland Coenen entwickelten «straflosen Pädagogik» und mit den durch Integras erstellten Standards von Quality4Children.

Arnaud Frauenfelder

«Enfants en danger» et normes de parentalité

Enquête dans les coulisses de la protection de l'enfance

Introduction

Je suis très content de pouvoir participer à ce colloque consacré à une thématique importante de l'éducation sociale, le placement extrafamilial. J'entends partager avec vous ici quelques réflexions tirées d'une enquête sociologique menées dans les arcanes d'institutions de protection de l'enfance à Genève. Réalisée au milieu des années 2000 à Genève, cette enquête qualitative fondée sur l'analyse de plus d'une trentaine d'entretiens avec des professionnels des services concernés SSJ (Service de santé jeunesse), SPJ (Service de protection de la jeunesse), Service du tuteur général (STG), Service médico-pédagogique (SMP) et une analyse de 34 dossiers (des situations diverses d'«enfant en danger», 22 SSJ, 10 SPJ, 2 STG). Publiée en 2007, cette étude a été revisitée en 2013 dans le cadre d'un article paru dans la Revue «Déviance et société» (et co-écrit avec C. Delay). Ma présentation d'aujourd'hui s'inspire largement de ces travaux ainsi que des réflexions tirées des enseignements que je donne à la Haute école de travail social (HETS/Genève) depuis 2009.

Plus précisément, j'entends décrire une partie tout en moins des coulisses du travail de professionnels divers de la protection de l'enfance (infirmières scolaires, médecins, travailleurs sociaux, psychologue) impliqué dans le repérage et le suivi de situation d'«enfants en danger» (ou perçu comme présentant un fort risque de l'être). Par rapport au thème de la journée, je

porte un regard sur processus pouvant conduire, dans certain cas, sur une décision de placement de l'enfant en institution. Autrement dit, je me situe donc clairement «en amont» de l'action socioéducative engagée par les professionnels œuvrant dans les foyers, c'est-à-dire aux cheminement pouvant conduire à la décision de placement institutionnel.

En me plaçant tout à tout aux côtés des infirmières scolaires, des médecins, des travailleurs sociaux, des psychologues, j'entends exposer (et rendre compte à partir d'une perspective sociologique) leur travail d'analyse et de «repérage» des situations jugées problématiques, ou encore suivre les préconisations que ces acteurs professionnels soutiennent au niveau des réponses à apporter par rapport à des enfants considérés comme «en danger» (ou en risque d'être en danger), préconisation qui passent souvent par des moments de rencontre auprès des familles de l'enfant en question.

Ceci étant dit, mon approche entend décrire le rapport social entretenu à l'égard de l'«enfant en danger» et ceci sur trois dimensions.

Premièrement, il s'agit de revenir concrètement sur une catégorie de pensée et d'intervention («l'enfant en danger») située au cœur de l'institutionnalisation et de la légitimation du champ de la protection de l'enfance (et ceci depuis la fin du 19^e siècle en Suisse comme à l'étranger). Deuxièmement, à travers cet exposé, nous ren-

trons dans la «boîte noire» d'une réalité professionnelle méconnue (du grand public): montrer que l'appréciation (variable selon le point de vue des différents professionnels concernés) du «danger» encouru par l'enfant (qualification dont les enjeux sont de taille, vu qu'elle permet de légitimer tel ou tel type d'intervention) est la conséquence d'une pratique d'investigations diverses socialement construite faite d'hésitations et doutes, de dilemmes¹. Autrement dit, il s'agira de donner à voir un bout du cheminement de la perception au diagnostic qu'effectuent les professionnels. Dans cette logique, nous verrons que derrière l'aspect apparemment très consensuel de la qualification de «l'enfant en danger» se cache des réalités très complexes, renvoyant à des réalités faussement évidentes.

Troisièmement, j'entends montrer² que le processus de qualification de l'«enfant en danger» est de fait indissociable d'une qualification du milieu familial. Comme le dit Jacques Donzelot (1977, p. 193), des signes alertes jusqu'au dia-

gnostic, «l'enfant fournit (...) une évaluation du milieu familial». Nous verrons ici que cette qualification est socialement située d'une part, au sens où elle ne peut être envisagée indépendamment des «filtres» sociaux partagés par les professionnels (point de vue à partir desquels le danger est en partie établi, perception à partir de laquelle un environnement familial peut être jugé néfaste, une situation familiale pathogène³). D'autre part, il s'agira de montrer que ces opérations concrètes de qualification de l'enfant et de son milieu se construisent, de manière sous-jacente, en référence à des normes éducatives et de parentalité (c'est-à-dire à des «manières d'être parent») partagées par les professionnels et qu'ils tentent «de diffuser» (Darmon, 1999) d'une manière ou d'une autre aux familles suivies.

Questionner le rapport social entretenu à l'égard de l'enfant en danger se fera à partir d'un regard sociologique. La mobilisation de ces lunettes spécifiques engage à la fois une intention de compréhension du phénomène visé, respectueuse de l'engagement des acteurs professionnels concernés, mais aussi critique sur les enjeux qui les dépassent. Si la sociologie est par définition «critique», ce n'est pas au sens d'une contestation partisane ou militante, mais plutôt au sens du dévoilement de mécanismes invisibles à l'œuvre dans une société, un souci de montrer certains rouages cachés, non immédiatement visibles ou considérés parfois spontanément comme tellement évidents qu'on ne les voit plus. Ceci étant dit, dire qu'un enfant est

«en danger» en raison d'une «situation de négligence», «défaillance parentale», de «maltraitance», c'est rappeler que cette qualification est moins une propriété de l'acte commis, mais relève d'un fait éminemment relationnel, un fait qui doit s'interpréter comme une conséquence de la réaction sociale: «Avant qu'un acte quelconque puisse être considéré comme déviant [...], il faut que quelqu'un ait instauré la norme qui définit l'acte comme déviant» (Becker, 1985, p. 186).

Mais avant de rentrer dans le «vif» de cette enquête, quelques éléments de cadrage sociohistorique...

1. Éléments de contextualisation sociohistorique

«Enfant en danger» et «désordres familiaux»: une préoccupation ancienne...

Les politiques modernes de protection de l'enfance trouvent leur émergence à la fin du 19^e siècle en Suisse comme dans d'autres pays d'Europe. C'est autour de la question de l'«enfance en danger» que ces politiques vont se façonner et qu'une série de législations – fortement impulsée par les courants philanthropiques – seront adoptées au sein des parlements. A Genève, ces inquiétudes alimenteront notamment les débats entourant l'adoption de la Loi sur l'enfance abandonnée (30 mai 1891) et celle sur l'Enfance abandonnée (30 mars 1892)⁴. Depuis l'institutionnalisation de la scolarité obligatoire qui apparaît à la même époque, l'État-devient, comme le disait Durkheim ([1892] 1975, p. 38), «un facteur de la vie domestique» et une mainmise de plus en plus importante sur l'enfance, ce qui veut dire en même temps, qu'il monopolise de plus en plus le pouvoir de définition légitime de l'«intérêt de l'enfant» au détriment du pouvoir paternel. Or, il ressort que la catégorie de l'enfance «en danger» s'établira en effet dès le 19^e siècle dans nos sociétés occidentales comme un *rapport social à la protection des enfants double hautement ambivalent*:

la question de l'enfant soumis à des mauvais traitements ou des négligences s'accompagnera dès le départ de l'idée de l'enfance «pervertie» par les pratiques des «classes sociales dangereuses»⁵. Il ressort que ce sont en effet les populations paysannes «déracinées», ayant quitté leur monde traditionnel pour un avenir incertain dans les centres urbains en pleine croissance, qui vont se trouver représentées par les discours de l'époque comme «classes sans feu ni lieu» et foyer de toute une multitude de «dangers». Sous le prisme de cette lecture de la réalité, l'enfant y est donc, dès la fin du 19^e siècle, perçu à la fois: certes comme un *petit être vulnérable à protéger*, mais aussi en tant que futur membre de la société un être «sur la mauvaise piste» (enfant «en danger» de devenir dangereux). Et c'est le «milieu» (ici familial) de certains enfants qui est pointé du doigt et qui est au principe de l'idée selon laquelle la reproduction familiale engendrerait dans certains cas de la déviance (qu'on dira «juvénile») par la déviance dans la transmission familiale des attitudes et dispositions (a-)morales («la mauvaise éducation»). Ce n'est pas un hasard, même si cette terminologie est aujourd'hui plus ouvertement en usage, que certaines institutions utilisaient le terme de «rééducation» en guise d'autodéfinition collective. La famille et ses «désordres» vont donc rentrer

1 «Quelle que soit leur décision – signaler ou pas –, les assistantes sociales ont le sentiment de prendre des risques. Si elle signale, l'assistante sociale court le risque d'être désavouée par le juge en cas de classement sans suite ou d'avoir le sentiment d'«abandonner» la famille, sans que le recours à la justice change quoi que ce soit; cette dernière éventualité est d'autant plus forte qu'il s'écoule parfois plusieurs mois entre le signalement et la décision du juge. Saisir la justice peut aussi engendrer une intervention qui «déstabilise» une famille déjà en détresse et «casse la relation de confiance» établie avec les services sociaux. Si elle ne signale pas, l'assistante sociale redoute de «trahir l'enfant» en ne répondant pas à ses «appels au secours». Elle prend le risque de «couvrir» des parents maltraitants et de faillir à sa mission d'aide en laissant des enfants en situation de souffrance. (...) Choisir de signaler ou ne pas signaler peut aussi revêtir de lourdes conséquences pour l'assistante sociale elle-même: dans certaine situation extrêmes, elle peut faire l'objet d'une plainte en diffamation ou affronter des réactions violentes des parents; dans l'autre hypothèse, elle est susceptible d'être poursuivie pour non-assistance à personne en danger.» (Serre, 2009, pp. 12–13)

2 et ceci en-deçà ou au-delà des «effets de censure» des acteurs professionnels, effets qu'il conviendrait d'interroger (Bourdieu, 1984, pp. 138–142).

3 Socialement acquis durant la trajectoire de formation des acteurs professionnels (formation qui, comme on le sait dure aujourd'hui, se poursuit tout le long de la vie, *life long learning* oblige), ces «filtres» dépendent sans doute aussi pour partie d'un complexe de représentations et d'attitudes héritées durant la prime enfance (la socialisation primaire).

4 Ce type de législation apparaîtra avec un parallélisme étonnant dans les différents cantons (Tabin, Frauenfelder et al., 2010) et dans les pays européens à la même époque, comme l'avait déjà vu Durkheim (1975 [1892]).

5 John Cuénoud, Directeur de la Police centrale de Genève, leur consacra en 1879 une étude avec le titre paradigmatique *La population flottante et les classes dangereuses à Genève*, et de nombreuses analyses faites par des philanthropes, médecins, économistes, théologiens ou démographes de l'époque nous donnent l'image d'une «masse flottante» vivant «au jour le jour» dans une anomie totale, une pauvreté «scandaleuse» prenant la forme du paupérisme de masse et d'une désorganisation profonde des liens familiaux (voir Chevalier L., *Classes laborieuses et classes dangereuses*, Paris, Pluriel, 1978, 2e éd. revue et augmentée).

en toute logique dans le champ des savoirs (juridiques, médicaux, psychologique, pédagogiques, psychanalytique, thérapeutique, criminologique) qui se sont construits historiquement comme savoirs légitimes, «légitimités» – souvent concurrentielles – acquises et conquises bien souvent à travers l'exercice d'une fonction d'expertise (Castel, 1991) relative aux mesures qu'il conviendrait de préconiser (trouver une famille d'accueil, placer le mineur en institution, etc.)⁶.

... remise au goût du jour dans les débats publics

Or, il ressort que cette inquiétude sociétale et savante (portée à travers des discours politiques et instituée dans des cadres juridiques qui se matérialiseront dans diverses institutions œuvrant dans le champ de la protection de l'enfance) portée sur l'enfant en danger et son milieu est depuis une vingtaine d'années remise au goût du jour depuis les années 1990 dans les débats publics en Suisse (comme dans d'autres pays voisins). Ce retour de la question de l'enfance en danger doit pour bien se comprendre être situé à l'intersection différents processus qui se manifestent de manière concomitante.

6 Pour la situation genevoise, voir notamment: Delay-Malherbe (1982) ou plus récemment Droux avec la coll. de Ruchat (2012). Plus généralement, il faudrait se pencher sur le processus contemporain de construction des positions d'expertise et des formes d'autorité sociale qu'elle peut conférer. Sans doute, face à l'essor actuel des approches biologiques des troubles psychiques et mentaux, on assiste à un «affaiblissement du monopole de la psychanalyse» (Garcia, 2011, p. 337) dans la hiérarchie des savoirs impliqués dans la prise en charge de figures diverses d'enfant-problème. Au-delà des critiques adressées à l'emprise des approches biomédicales, c'est également le souci de conserver une place sur le terrain des normes éducatives qui est présent. Dès lors valider simplement le point notamment «des psychanalystes» (ou d'autres figures professionnelles) engagés dans cette lutte, «ne permet pas de saisir les luttes symboliques s'exerçant pour le monopole d'un champ d'intervention professionnelle» (*ibid.*, p. 338).

Premièrement, la reconnaissance juridique de l'enfant comme sujet et droit et personne dont il convient de protéger l'intégrité physique et morale. Ce nouveau statut conféré à l'enfant, consacré par la Convention internationale des droits de l'enfant (adoptée en 1989 qui sera ratifiée par la Suisse en 1997), n'est de fait pas sans modifier la définition sociale légitimée des rôles parentaux. Ce statut charge en effet potentiellement les parents d'une responsabilité accrue: ils sont censés offrir les conditions favorables à l'autonomisation et à l'individualisation de l'enfant.

Deuxièmement, l'émergence d'un nouveau régime de sensibilité publique envers la «maltraitance envers les enfants» qui au travers de «faits divers» souvent hautement médiatisés associe au phénomène une charge de scandalisation et d'indignation morale renforcée. On rappelle à l'ordre les institutions qui auraient laissé «passer cela», et des parents dont il convient de stopper la conduite jugée «nocive».

Troisièmement, enfin, cette attention publique soutenue envers la figure de l'enfant maltraité s'accompagne à la fois de l'introduction de nouveaux protocoles d'intervention institutionnelle et d'instruments de repérage revisité mais aussi d'une extension considérable de la définition du phénomène. Associé à un champ sémantique reconfiguré, la catégorie de l'«enfance en danger» va devenir en effet plus large. Comprenant la violence physique, l'abus sexuel, elle va intégrer progressivement la violence psychologique et la négligence au milieu des années 1990. Au tournant des années 2000, la définition du «danger» intègre une dimension prophylactique ou «préventive» en indexant la notion de «risque». Est défini «en risque» un enfant qui «connaît des conditions d'existence qui risquent de mettre en danger sa santé, sa sécurité, sa moralité ou son éducation.» (Service Santé Jeunesse, 2003, p. 1). Cet élargissement de la définition du problème «explique» grandement, selon les propos des professionnels interviewés,

l'augmentation considérable des cas enregistrés sur le territoire cantonal. Cette transformation de la sensibilité collective – dénotant d'un nouveau rapport social entretenu à l'égard des violences interpersonnelles, d'un statut désormais conféré au respect de l'intégrité corporelle (physique et morale)⁷ – se traduit par un regard «qui s'aiguise», comme en témoignent les propos de différents professionnels recueillis interviewés en 2004:

«Il est vrai qu'on signale plus, le regard s'est «aiguisé» ces dernières années.» (Médecin du Service santé jeunesse) «Moi je ne pense pas qu'il y en ait plus [parlant de l'augmentation des cas d'enfants en danger]. Moi je pense que quand on braque le spot sur un phénomène, on le voit. Voilà ce que je crois. Je ne crois pas proportionnellement qu'il y en a plus qu'avant.» (Une psychologue particulièrement impliquée dans la formation des futurs travailleurs sociaux à cette thématique confirme également ce point).

Après avoir montré l'importance de la catégorie de l'enfant en danger dans l'institutionnalisation et la légitimation du champ de la protection de l'enfance en Suisse depuis la fin du 19^e siècle, puis, brossé à gros traits certaines caractéristiques du nouveau régime de sensibilité publique associée à ce phénomène depuis ces deux dernières décennies, nous allons maintenant aller à la rencontre des professionnels de la protection de l'enfance, pour donner à voir comment ils se saisissent concrètement de cette «problématique». Méthodologiquement, notre enquête se fonde moins ici sur des entretiens qualitatifs approfondis que sur des sources écrites constitués de dossiers de famille que nous avons pu consulter. L'analyse de ces dossiers nous a permis de «suivre» le cheminement des pratiques concrètes engagées par les acteurs professionnels mandatés dans le repérage, le diagnostic et le traitement de ce phénomène.

2. L'«enfant en danger» saisi par les pratiques de signalement

Des inquiétudes hétérogènes

L'analyse des dossiers montre que c'est par des inquiétudes diverses, provenant généralement d'acteurs professionnels liés au monde scolaire (enseignants, infirmières scolaires) ayant l'habitude de par leur fonction d'être «en contact» avec l'enfant (de manière régulière ou ponctuelle) que tout un processus de dépistage sinon de repérage est amorcé. Les inquiétudes des professionnels concernés portent en règle générale sur un enfant dont le comportement, l'attitude générale, les habits, les caractéristiques corporelles, sont en écart par rapport à «la norme». C'est pour cela «qu'il se fait remarquer». En guise d'illustration de l'hétérogénéité des écarts rapportés, citons un extrait d'un courrier d'une inspectrice scolaire envoyé à un professionnel du service de la protection des mineurs (courrier faisant partie d'une pièce d'un dossier suivi par travailleur social du SPJ): «Sur le plan des apprentissages, Marc n'atteint pas à ce jour les objectifs en Français, alors qu'il redouble sa 2P. En lecture, il ne réussit qu'à lire en présence de l'adulte.» [...] «Sur le plan du comportement, Marc a beaucoup de peine à respecter les règles de vie instaurées. Il parle sans demander la parole. Il réclame constamment l'aide de l'adulte, il ne peut pas travailler de manière autonome. Il n'écoute pas les consignes – ou partiellement. Il est rare qu'il puisse se concentrer sur sa tâche. Quand il est interrogé, il est souvent confus et oublie ce qu'il voulait dire. Il a de grosses difficultés à entrer en contact avec les autres enfants de la classe lorsqu'il veut jouer ou discuter. [...] L'enfant se trouve en grande difficulté. Je suis très inquiète pour la suite de sa scolarité. Marc se trouve en échec, un passage en 3P n'est pas envisageable, de même qu'il ne peut en aucun cas répéter une

7 Voir l'analyse très bien documentée de Mucchielli (2008) à ce propos.

nouvelle fois la 2P. Depuis une dizaine de jours les enseignants ont constaté une dégradation du comportement de Marc, il est beaucoup plus agressif, et se montre violent (T-Shirt déchiré, coups de pieds). Ils ont reçu des plaintes d'autres parents d'autres élèves. Les autres élèves n'ont plus envie de venir à l'école.» D'une manière générale, les inquiétudes manifestées entraînent de la part des professionnels des observations accrues dans le but de préciser davantage l'inquiétude ou de l'atténuer («fausse alerte»). Les faits pour lesquels l'enfant se fait remarquer, et qui peuvent permettre de soupçonner un cas d'enfant «en danger», constituent autant d'écarts par rapport à des normes médicales, scolaires, psychologiques ou de savoir-vivre.

Une analyse transversale des dossiers consultés montre qu'un premier type de symptômes rapportés fait référence à des enfants présentant certains signes corporels traduisant un état de santé physique fragilisé, tels que lésions («bleus», «égratignures», «contusions»), affections diverses et attitudes liées à la nutrition («voler le goûter d'un camarade», «arriver à l'école sans avoir pris de petit déjeuner»). Ces symptômes constituent autant d'écarts à des normes médicales. Face à ceux-ci, les acteurs concernés s'interrogent longuement et émettent des hypothèses multiples. L'enfant s'est-il blessé lui-même en jouant avec ses camarades dans le préau ou a-t-il été violenté par son père ou sa mère? L'enfant semble avoir faim: a-t-il pris son petit déjeuner le matin? Est-il boulimique? Au cours des observations, les acteurs peuvent mettre le doigt sur d'autres symptômes qui constituent par exemple des *écarts par rapport à des normes psychologiques*. L'enfant a un comportement perturbé («déprime», «menace de suicide», «mal dans sa peau»), est en retard de développement pour son âge («suce son pouce», «a peur de se laver dans la baignoire»), ou a un caractère difficile («provocateur», «oppositionnel», «colérique»). A nouveau les professionnels cherchent à donner un sens à ces comportements jugés anormaux. Cette déprime est-elle passagère, ou

le symptôme plus profond d'un conflit familial? Un autre type de symptômes concerne les enfants qui se font remarquer à l'école (écarts par rapport à des normes scolaires) parce qu'ils ne respectent pas certaines exigences soit au plan des apprentissages (enfant «qui ne fait pas ses devoirs», «a une baisse de rendement scolaire»), qui «ne peut pas travailler de manière autonome»), ou sur le plan du comportement («arrogant», «sauvage», «peu éduqué», «répondant à la place des autres», «faisant des bêtises aux toilettes avec l'eau»). Ici, les acteurs peuvent se demander, par exemple, si les difficultés d'apprentissage sont liées à une mauvaise volonté de l'enfant, un problème d'ouïe ou d'hyperactivité, une difficulté d'apprentissage liée à un manque de familiarité avec la langue française, ou un désintéressement des parents par rapport au suivi scolaire? Un dernier type de symptômes (écarts à des normes de savoir-vivre) fait référence à des pratiques qui, selon les acteurs institutionnels qui les rapportent, devraient être entrées dans les bonnes mœurs (enfant qui n'a pas de jouets, qui ne fête pas son anniversaire, qui regarde trop la télévision, qui traîne dans la rue le soir tard, qui s'occupe des tâches ménagères, qui reste seul à la maison).

La force symbolique de observations consignées dans les dossiers tient sans doute à la légitimité sociale des savoirs d'expertise mobilisés: de type scolaire, pédagogique, médical, psychologique. Ce langage fait partie du bagage «cognitif» des professionnels amenés à identifier et à «mettre des mots» sur des comportements jugés problématiques. Relevons encore que l'hétérogénéité de «symptôme» rapporté montre tout l'écart entre ce qui peut alimenter le quotidien des observations concrètes des professionnels œuvrant dans les arcanes de la protection de l'enfance et une certaine vision médiatique «scandaleuse» construite autour de formes d'abus sexuel ou de violence physique extrême. Par ailleurs, il ressort que le «diagnostic» progressivement posé apparaît toujours après un travail d'accumulations d'indices de la part des

agents d'encadrement qui répertorient dans les dossiers autant des faits perçus comme anodins (enfant agité à l'école) que des faits perçus comme beaucoup plus graves (enfant qui porte des hématomes qui fait une déclaration d'attouchements). Si des faits perçus comme anodins sont consignés dans les dossiers, c'est qu'ils permettent à la fois d'éclairer ou de donner du sens à des faits perçus comme plus graves? Mais c'est peut-être aussi parce que la définition de l'«enfant en danger» est devenue plus élastique et qu'il convient – depuis la prise en compte de la catégorie de l'enfant «en risque» – de suivre des situations avant l'apparition du danger en tant que tel (Castel, 1983), et donc de soumettre tendanciellement le repérage des situations à une logique d'intervention toujours plus précoce? (nous reviendrons sur ce point en conclusion)

Dès lors, une fois que les professionnels ont plus établi le fait que c'est les parents qui sont à l'origine de ces symptômes, et que cette conduite est récurrente, alors progressivement l'usage du terme d'«enfant en danger», voir de «maltraitance» émerge. Bien sûr, cette qualification d'une «défaillance» parentale (de «carences éducatives» graves) surgit souvent après tout un travail de «détective»: bricolage, décodage, investigation, interprétation et mise en argumentation visant à prouver que l'enfant est en danger. Ainsi, l'élaboration du diagnostic du danger encouru par l'enfant suppose implicitement (et ceci au-delà de l'empathie manifestée par les professionnels) une forme de présomption de culpabilité. Or, les propos des professionnels et les formes d'intervention qu'ils préconisent montrent que ceux-ci cherchent, par toute sorte de moyens (tactiques relationnelles, éléments de langage, savoir-faire), à se démarquer d'une forme de représentation «incriminante» de la famille (d'une forme de «police» des familles).

... à l'envie de «(re)donner une compétence à des parents»

Les acteurs institutionnels disposent de deux types d'intervention pour protéger les enfants qu'ils estiment être «en danger». Un premier type d'intervention entend modifier le contexte familial en aidant par exemple des parents à trouver une crèche, en aidant une famille à effectuer des démarches à l'Hospice Général, ou en trouvant un répétiteur pour un enfant en difficulté scolaire; en général ce type de mesure est adoptée lorsque les agents institutionnels privilégient le registre socioéconomique dans leur évaluation des pathologies parentales. Mais ce type d'intervention que l'on trouve dans les dossiers est relativement marginal. Les mesures qui modifient le contexte familial font parfois l'objet des critiques de la part de certains intervenants sociaux, parce qu'elles sont perçues comme «désresponsabilisant» les parents et encourageant leur dépendance à l'égard des institutions: «Il y a un peu une dérive dans notre société actuelle où on offre tellement de choses sur le plan social aux familles: on est peut-être un peu trop dans l'interventionnisme et dans la prestation aussi. Je me pose quelques fois la question: jusqu'où est-ce qu'on désresponsabilise aussi les parents?» (travailleuse sociale du SPJ). En règle générale, les acteurs professionnels semblent privilégier des interventions qui ont pour but de modifier les pratiques éducatives des parents (l'appui éducatif) et de favoriser leurs «compétences parentales»: Une travailleuse sociale du SPJ l'explique très clairement: «Je pars aussi du principe, en général, que... euh... on peut essayer de travailler, ça vaut la peine d'essayer de travailler pour donner une compétence ou redonner une compétence à des parents».

Dans le cadre des appuis éducatifs proposés par les acteurs de la Protection de la jeunesse et du Service du tuteur général, une grande partie de l'aide apportée aux familles se fait sur le mode du conseil. Les conseils sont souvent d'une nature extrêmement variée. Ils touchent à de nom-

breux domaines de la sphère intime des familles (pratiques éducatives au sens large) et sont souvent considérés par les travailleurs sociaux comme «basiques». Voici les propos rapportés par un travailleur social du Service du tuteur général: «Des cas par exemple de parents qui laissent traîner leurs gamins jusqu'à 23h00 dehors... tous les soirs. Quand on a des jeunes de 12-13 ans, bon ben eux ils sont tout contents mais... c'est pas bien, faut pas, donc là, on peut exiger certaines choses, on dit faut qu'ils soient à la maison... à des heures de regarder à peu près ce qu'il faut connaître en classe et puis... oui, par exemple pour les devoirs, c'est pareil, on voit qu'il y a un enfant qui a énormément de difficultés mais... Vous lui prenez un répétiteur, faites quelque chose! On peut avoir ce genre d'exigence. Ou si les maîtresses par exemple se plaignent que l'enfant sent tout le temps mauvais, mais... lavez-le! Des fois c'est des choses comme ça mais c'est... c'est... disons c'est toujours je dirais des choses assez basiques...»

Le travail «avec» les parents et ses ambiguïtés

La professionnels interviewés laissent entendre dans leur propos (ou dans leurs commentaires écrits déposés dans leurs dossiers) que la relation engagée auprès des parents est centrale, au point de représenter une sorte de pivot de leur intervention. Ils disent souvent vouloir travailler «avec» les parents (plutôt que «sur» les parents) (Astier, 2009). Or, sommes-nous en présence d'une nouvelle philosophie d'intervention – en phase avec avec tout un vocabulaire désormais mis en circulation derrière les pratiques de «soutien à la parentalité»⁸ – qui entend se démarquer du passé? Lorsque les professionnels font part du souci de «re/donner une compétence à des parents» est-ce une manière

aussi de lutter contre des formes de prise en charge plus tutélaire laissant moins de place à une relation engagée avec l'usager plus horizontale et à une recherche d'implication de celui-ci dans la construction de la réponse? Le «feeling» exprimé par les professionnels de l'enfance envers les parents qui se montrent «collaborant» (qui reconnaissent leur faute, savent s'excuser, viennent en rendez-vous), ou encore l'idéal d'avoir des parents «anticipant les conseils» ou si tel n'est pas le cas, devenant «demandeurs de conseil», sont autant d'indices de cette nouvelle philosophie d'intervention. Ce souci de pouvoir travailler avec les familles (qui suppose parfois de «travailler l'alliance») atteste aussi que ces dernières sont censées prendre une part «active» dans la réponse au problème, réponse à laquelle ils sont invités à s'impliquer d'une manière ou d'une autre. «J'essaie toujours d'amener ces gens à être preneurs de quelque chose, en présentant ce que pourrait être cette aide pour eux, et qu'ils y adhèrent.» (Travailleur social, Service du tuteur général). A bien des égards, le «modèle» d'intervention engagé de manière spontanée par les professionnels entend se démarquer du modèle préfigurant le placement «classique» où le travail social s'octroyait le monopole de la bonne éducation, en condamnant certains styles éducatifs dont les cadres moraux apparaissaient en totale contradiction avec la formation d'un être humain conforme aux valeurs tenues pour collectivement partagées (Giuliani, 2009). En même temps, ce qui apparaît comme un nouveau modèle d'intervention comporte aussi sont lots d'ambivalences. D'un côté, ce modèle émergent témoigne d'un contexte institutionnel certes plus favorable aux individus au travers de la reconnaissance d'une capacité à s'acquitter de son rôle de parent. *Opérateur de reconnaissance*, le principe de responsabilité engagé dans ce nouveau modèle fonctionne d'un autre côté aussi comme un *moyen de contrainte* par lequel les parents sont faits comptable de ce qu'ils entreprennent (ou pas) auprès de leurs enfants et tenus d'en répondre. Au final, la bonne collabo-

ration» des parents semble jouer un rôle très important dans le type de réponse qui sera engagée. «Tout porte à croire que ce sont les familles dociles (qui se laissent pénétrer par l'insultation et acceptent la collaboration), méritantes (qui reconnaissent leur tort, savent s'excuser) qui font l'objet des interventions les plus douces (appui éducatif en partenariat) alors que les familles plus réticentes sont sanctionnées plus durement par les institutions (assistance éducative contraignante) [de la protection de l'enfance].» (Schultheis, Frauenfelder, Delay, 2007, p. 86)

3. «Il y a énormément de compétences qu'il faudrait avoir pour être un bon parent»

On a vu que les professionnels interviewés sont nombreux à souligner que leur regard s'est effectivement affiné depuis les années 1990 et qu'ils sont amenés à signaler davantage d'«enfant en danger». On a vu également le cheminement à travers lequel une inquiétude portée autour d'un enfant «qui se fait remarquer» peut entraîner un diagnostic d'«enfant en danger». A partir de là, nous avons vu également que les façons dont les professionnels tentent de trouver des réponses à ces situations laissent une place de plus en plus importante aux familles (amenée à s'impliquer dans ce travail), tout en soulignant les ambiguïtés dont ces nouvelles philosophies d'intervention sont porteuses. Nous entendons dans cette dernière partie faire émerger les «normes de parentalité» qu'ils diffusent aux familles dans leur intervention. Si les professionnels que nous avons rencontrés se gardent bien d'imposer aux familles des «modèles» de conduite à suivre, il n'en demeure pas moins que leur intervention convoque de manière indirecte certaines références éducatives: ce que l'on chasse par la grande porte, revient souvent par la fenêtre ou par la petite lucarne, serait-on tenté de dire. Leur action semble effectivement se construire sur le lit d'une adhésion implicite à certaines «manières d'être parent» plus ou

moins idéalisées, comme la laissent entendre parfois certains professionnels invités à décrire leur représentation idéale du «bon» parent: «Aujourd'hui, c'est un plus dans la négociation [...]. Je pense qu'il faut beaucoup de patience, de compréhension... [...] il faut être capable de se décentrer, d'être attentif aux besoins de l'enfant... il y a énormément de choses qu'on pourrait lister, des capacités, des compétences qu'il faudrait avoir pour être un bon parent...» (éducateur, STG). Ce rôle parfois assimilé à un métier, tout en étant véhiculé aux parents jugés «inadéquats», est en même temps perçu par les acteurs professionnels comme très exigeants par les professionnels (qui témoignent par là d'un degré de réflexivité non négligeable): «On en arrive à des situations où un être humain seul doit [...] coacher son même, l'aimer, s'en occuper et avoir du temps pour lui! On fait comment? On fait comment? Moi j'aimerais qu'on m'explique. Vraiment j'aimerais qu'on m'explique.» (psychologue-psychothérapeute). Or, il ressort que les caractéristiques de ce «modèle éducatif» se manifestent généralement en pointillé en creux de conseils adressés par les professionnels aux familles encadrées et annotés dans des dossiers, constituant alors des traces des interactions entre «encadreurs» et «encadrés».

«Ayez de l'autorité mais ne soyez pas autoritaire»

Les exigences normatives éducatives qui s'expriment à travers les conseils, parfois considérés par les acteurs professionnels comme des «trucs très très basiques» ne vont en fait pas de soi: leur nature est ambiguë, voire contradictoire. De nombreux griefs adressés aux familles labellisées de «maltraitantes» se réfèrent à un parent ne sachant pas *poser de limites à ses enfants* (médecin SSJ). Et ces qualificatifs tendent à s'adresser plus souvent au père, celui qui n'assume pas pleinement son rôle de père, alors que son fils, en début d'adolescence aurait grand besoin que des limites lui soient posées» (éducateur SPJ). Les parents sont alors (dis)qualifiés de *laxistes*, *démisionnaires*, incapables de four-

8 «Travailler avec les parents», «mobiliser les compétences éducatives», «soutenir les parents dans l'exercice de leur fonction» font désormais partie du langage officiel en vigueur dans de large secteur de l'éducation sociale.

nir à l'enfant un cadre normatif clair. Si le «bon parent» doit pouvoir fixer des cadres de manière claire, les acteurs institutionnels engagés estiment que celui-ci ne doit pas le faire de manière autoritaire. Toute forme de perte de maîtrise de soi fait l'objet d'une annotation dans les dossiers violence +++ et le parent est alors qualifié de *rigide, trop directif*: *Le père n'arrive pas à se montrer bon père, rigide et directif, a besoin de règles rigides*. La définition du bon parent qui apparaît lors des descriptions fines consignées dans les dossiers oscille donc entre le pôle de l'autorité et de l'autoritarisme. Injonction contradictoire que les acteurs pourraient résumer sous la forme *Ayez de l'autorité mais ne soyez pas autoritaire*.

«Jouez et communiquez avec votre enfant, mais faites-le de manière pédagogique»

La présence parentale par le jeu fait également partie des normes éducatives que les «bons» parents sont invités à mettre en œuvre, selon les propos rapportés dans les dossiers par un médecin du SSJ: «À la maison, absence de jouets, de jeux, papier, crayons. On a l'impression que ces enfants doivent se tenir tranquilles, pendant que les parents regardent la TV. Visiblement, ils ne font jamais rien avec.» Mais le jeu, et la communication ne semblent pouvoir se pratiquer de n'importe quelle manière. Nombreuses sont les assertions trouvées dans les dossiers relatives à des parents qui passent trop de temps avec leurs enfants à pratiquer des jeux «peu éducatifs» (télévision, jeux vidéos) ou qui leur achètent des jeux plutôt que de passer du temps à communiquer avec eux de manière pédagogique: «L'enfant semble estimer son besoin d'être en relation avec son père et sa mère qu'au travers des possibilités que l'un et l'autre lui donnent de jouer à la playstation. Le jeu lui semble servir de bulle anesthésiante» (éducateur du SPJ).

À nouveau, l'injonction suivante adressée aux parents peut paraître complexe: *Jouez et communiquez avec votre enfant, mais faites-le de manière pédagogique*.

Le métier de bon parent qui se façonne via ces injonctions est apparemment celui d'un coach, fin psychologue, toujours prêt à négocier, à aménager le meilleur contexte pour l'enfant par diverses stimulations pédagogiques, toujours disponible, attentif aux désirs de l'enfant, sachant donner des repères ou des cadres tout en sachant se maîtriser! La reconnaissance de l'enfant en tant que sujet de droit et personne, reconnaissance consacrée juridiquement, semble en effet charger les parents d'une responsabilité accrue dans le développement de l'enfant.

Des normes de parentalité socialement situées?

Or, selon toutes vraisemblances, l'adhésion à ce modèle d'autorité négociée (en phase avec des préoccupations pédagogiques diverses) trouve une résonance étroite tout d'abord dans la «culture professionnelle» des acteurs (acquise à travers leur trajectoire de formation mais aussi l'exercice de leur métier), mais aussi dans le système de valeurs de classe dont ces acteurs professionnels sont porteurs. Ce modèle de l'autorité négociée est sans doute d'autant plus «spontanément» mobilisé par ces professionnels (qui discriminent parfois à la fois un «trop» et un «manque» d'autorité chez les parents encadrés) qu'il semble se trouver en *affinité élective* avec les valeurs éducatives et les modes de vie de leur milieu social: la fraction des nouvelles classes moyennes à laquelle ils se rattachent objectivement de façon majoritaire. Ce sont ces fractions des classes moyennes qui se caractérisent, du point de vue des cultures familiales, par l'adoption de fonctionnements plus flexibles, moins attachés aux critères statutaires et qui laissent une part importante au «relationnel» dans les rapports entre les membres de la famille. Les normes de comportement qui sont privilégiées tendanciellement dans ces modèles familiaux «démocratiques» sont notamment l'écoute, la communication, la réciprocité non hiérarchique et l'épanouissement personnel. Cette définition très exigeante du «bon» parent ou de la bonne parentalité s'inscrit dès lors dans

le cadre des transformations de famille engagées depuis la fin des années 1960. Dans ce mouvement de transformations, c'est non moins qu'un nouveau régime de «faire famille» (une famille «relationnelle» et «démocratique» basée sur une forte affectivité et où chaque partenaire jouit d'une grande autonomie) et de savoir bien éduquer (une éducation plus souple fondée sur une autorité négociée entre parents et enfants) qui va se façonner et se banaliser dans les années 1970–1980. On retrouve-là sous une forme radicalisée certaine composante du style éducatif négociateur dont l'émergence a été bien identifiée par Antoine Prost (2004 [1981]) et dont les propriétés ont été mises en lumière par Kellerhals et Montandon notamment (1991). Dont le style éducatif négociateur: beaucoup d'importance est accordée à l'autonomie de l'enfant ainsi qu'aux valeurs d'imagination et de créativité. C'est un style éducatif où les parents sont des accompagnateurs plutôt que des chefs, se devant de préférer la motivation et les «tactiques relationnelles» plutôt que de mobiliser ouvertement la discipline et le contrôle (Kellerhals et Montandon, 1991).

Or, cette définition du «bon parent» comme coach suppose certaines ressources matérielles, symboliques, la maîtrise d'un savoir faire qui demeurent inégalement distribués. Cette inégale diffusion du rôle de parent semble être à la source de certains malentendus ou tensions qui nouent dans la rencontre entre professionnels de la protection de l'enfance et familles encadrées. Alors que les professionnels semblent accueillir («spontanément») ces normes (sans doute parce que ces normes sont en phase avec leur propre vision de l'éducation en raison des effets induits par leur trajectoire personnelle et de leur milieu social), les familles populaires à faible capital culturel auxquels ils sont confrontés se montrent souvent plus «hésitantes», voire parfois «récalcitrantes» devant de telles normes éducatives (ou conception de la famille) en particulier (Frauenfelder et Delay, 2009). L'idéal pédagogique prôné dans le modèle de «bien-

traitance» (être zen, pondéré, mesuré, tout en étant très actif dans la stimulation de l'enfant) ne semble pas être à la portée de tous.

Sans doute les familles de condition modeste disposent de moins de ressources leur permettant d'accéder à la maîtrise d'un tel savoir-faire pédagogique et du penchant qui lui va de pair. À la lumière des dossiers que nous avons consultés et analysés dans le détail, il apparaît que la très large majorité des familles suivies sont des familles de condition modeste. Il va sans dire que les instances de protection de l'enfance ne procèdent guère à ce genre de ciblage de manière consciente et volontaire (tout au contraire, vu qu'il n'y a pour les professionnels – déontologie oblige – «que des situations particulières»); mais si l'on examine les propriétés des familles encadrées, force est de constater – au-delà des idiosyncrasies des itinéraires biographiques des uns et des autres – de profondes similitudes dans leurs conditions d'existence «modestes». Nos dossiers montrent que ceux-ci sont constitués pour $\frac{3}{4}$ de familles populaires précaires, $\frac{2}{3}$ de familles populaires d'origine immigrée, la moitié des familles monoparentales (personne divorcée ou ménage monoparental), une bonne moitié de familles nombreuses (en moyenne 3 enfants et plus). Les pratiques d'encadrement engagées au sein des arcanes de la protection de l'enfance sont donc destinées aux familles populaires dans leur très large majorité. D'autres études sociologiques qui ont pris pour matériaux un nombre plus considérable de dossiers arrivent au même constat socio-démographique (voir notamment Donzelot, 1977, 139–153; Serre, 2004). Notons que cette nette «surreprésentation» des catégories populaires précaires parmi les familles «cibles» du dispositif de protection de l'enfant ne tiendrait pas seulement à une difficulté spécifique desdites familles à se protéger de l'intrusion étatique dans la sphère privée mais aussi et surtout à la distance sociale de leur morale domestique à la légitimité culturelle. Dans un contexte où les différences de culture familiale et de normes éducatives restent

toujours largement clivées en fonction de l'appartenance de classe des familles, les familles populaires précaires ont selon toute plausibilité plus de chance objectivement de se faire repérer et encadrer, dans la mesure où elles mettent en œuvre des logiques de socialisation qui se situent de fait souvent en écart aux normes considérées comme légitimes tout en ne disposant guère de moyens (matériels et symboliques) leur permettant de modifier la vision dominante de ce que «bien éduquer» veut dire.

Conclusion

En guise de conclusion j'entends revenir sur la dynamique d'augmentation du seuil de sensibilité à l'enfant en danger.

Premièrement, l'augmentation du seuil de sensibilité à l'enfance en danger peut s'interpréter en partie comme un héritage du système de protection actuel. En premier lieu, nous pouvons dire avec Robert Castel (2003) que nous vivons actuellement en Europe occidentale dans des sociétés parmi les plus sûres qui aient jamais existé. Nos sociétés sont hautement pacifiées, notamment par tout un système de protections sociales (et par le monopole de la violence physique légitime exercé par l'Etat, qui a affranchi les individus de la peur de vivre au jour le jour, à la merci du moindre accident de parcours). Pourtant, ces systèmes de sécurisation qui sont des constructions complexes et fragiles (confrontés à un mouvement d'ébranlement actuellement) portent en eux-mêmes le risque de faillir à leur tâche et de décevoir les attentes qu'ils font naître, ceci pour deux raisons: d'abord parce qu'ils ne peuvent jamais être complètement accompli (la sécurité totale n'est pas possible, comme le souligne la critique récurrente que font les travailleurs sociaux de la critique du «risque zéro»); d'autre part, car leur réussite fait émerger de nouveaux risques (l'extension sémantique de la notion d'enfant en danger est révélatrice qui intègre désormais l'idée de risque

d'être en danger). Ainsi dit paradoxalement, «La recherche des protections créerait ainsi elle-même de l'insécurité» (Castel, 2003, p. 6). Le sentiment d'insécurité reflète selon la perspective de Castel un décalage entre une attente socialement construite de protection, et les capacités effectives d'une société donnée à la mettre en œuvre. L'augmentation du seuil de sensibilité collective est un héritage du système de protection qui tend à encadrer (pour ne pas dire contrôler) également de plus en plus les professionnels eux-mêmes dans l'exercice de leur fonction.

Deuxièmement, l'augmentation du seuil de sensibilité à l'enfance en danger et la nécessité d'y répondre de manière adéquate est, partiellement tout au moins, liée à l'émergence souterraine d'un nouveau régime de «savoir éduquer», à la fois socialement situé et inégalement distribué. La famille contemporaine se doit de gérer la demande paradoxale: «Ayez de l'autorité sans être autoritaire!» «Dans les années 2000, l'heure est, d'une part, au rejet [...] d'un libéralisme des éducateurs à l'égard des enfants qui en ferait des «enfants rois» et/ou des élèves «indisciplinés» –, d'autre part, à la dénonciation du retour de l'autoritarisme, par des psychanalystes de l'enfant s'en prenant à la fois au manque d'autorité des parents et à leur excès de violence ou de laxisme (considéré comme violence) (...) l'essentiel n'est peut-être pas dans le détail des prescriptions – qui se contredisent sans cesse et sont ensuite reformulées et réinterprétées par les exégètes –, mais dans l'exercice durable d'un magistère moral sur les parents [...] par des «spécialistes» invoquant l'intérêt de l'enfant.» (Garcia, 2011, p. 13–14)

Mais les moyens matériels et le bagage culturel requis pour s'ajuster à cette «demande sociale», que les professionnels de la protection de l'enfance (au sens large) relaient à travers des formes d'adhésion, d'appropriation voire de résistance qu'il conviendrait d'approfondir, sont de fait inégalement distribués. Les griefs adres-

sés aux familles encadrées (jugées «trop autoritaire» ou ne manifestant pas suffisamment leur «autorité») ne sont sans doute contradictoires qu'en apparence. Ils témoignent sans doute de profonds malentendus entre des *styles éducatifs* au bénéfice d'une légitimité très inégale dans nos sociétés qui demeurent encore fortement différenciées socialement et culturellement.

Last but not least, le rapport double à la question de l'enfance «en danger» («en risque» de devenir dangereuse) comporte aussi une importante *question sociale* volontairement ou involontairement ignorée ou tue, cachée derrière des façades peintes en noir et blanc. Ce refoulement opère via la construction même de l'intolérable (Fassin, 2005) de l'enfance en danger et de la nécessité impérieuse d'apporter une protection au mineur qui lui est associée logiquement. Ce refoulement du social va bien sûr de pair aussi avec une certaine dose d'ethnocentrisme bien connu qui tend à naturaliser les normes en vigueur dans certains milieux en les faisant passer pour universelles. Manifestation d'une forme de «racisme de classe» (Bourdieu, 1979)?, cet ethnocentrisme témoigne dans tous les cas d'une difficulté à penser et du coup à comprendre la cohérence et la logique de styles éducatifs différents de ceux jugés socialement désirables, acceptables et légitimes.

Littérature

- Astier I. (2009): «Les transformations de la relation d'aide dans l'intervention sociale», Informations sociales, 2, no 152, pp. 52–58
- Becker H., 1985 (1963): Outsiders. Études de sociologie de la déviance, Paris, Métailié
- Bourdieu P. (1984): «La censure», in Bourdieu P., Questions de sociologie, Paris, éd. de Minuit, pp. 138–142
- Bourdieu P. (1979): La distinction. Critique sociale du jugement, Paris, éd. de Minuit
- Castel R. (1983): «De la dangerosité au risque», Actes de la recherche en sciences sociale, 47(1), pp. 119–127
- Castel R. (1991): «Savoirs d'expertise et production de normes» in Chazel F. et Commaille J. (dir.), Normes juridiques et régulation sociale, Paris, LGDJ, pp. 177–188
- Castel R. (2003): L'insécurité sociale. Qu'est-ce qu'être protégé?, Paris, Seuil (coll. La République des idées)
- Darmon M. (1999): «Les entreprises de la morale familiale», French Politics Culture and Society, 17, 3–4, 1–19
- Delay C. et Frauenfelder A. (2013): «Ce que, bien éduquer» veut dire. Tensions et malentendus de classe entre familles et professionnels de l'encadrement (école, protection de l'enfance)», Déviance et société, vol. 37, no 2, pp. 181–206
- Delay-Malherbe N. (1982): Enfance protégée, familles encadrées. Matériaux pour une histoire des services officiels de protection de l'enfance à Genève, Cahiers du service de la recherche sociologique, 16, Genève
- Droux J. avec la coll. de Ruchat M. (2012): Enfances en difficultés. De l'enfance abandonnée à l'action éducative (Genève, 1892–2012), Genève: FOJ
- Durkheim E. 1975 [1892]: «La famille conjugale», Textes. 3. Fonctions sociales et institutions, Paris, Minuit, pp. 35–49
- Donzelot J. (1977): La police des familles, Paris, éd. de Minuit. Postface de Gilles Deleuze
- Fassin D. (2005): «Les frontières de l'espace moral», in Fassin D., Bourdelais P. (sous la dir.), Les constructions de l'intolérable. Études d'anthropologie et d'histoire sur les frontières de l'espace moral, Paris, Éd. La Découverte (coll. «Recherche»), pp. 7–15
- Frauenfelder A. et Delay C. (2005): «La cause de l'enfant et sa résonance spécifique auprès des classes moyennes à travers la régulation du problème «maltraitance», Carnets de bord en sciences humaines, N° 10, pp. 79–92

Frauenfelder A. et Delay C. (2009): «Faut donner à manger au crocodile, comme cela tu peux traverser la rivière»: un papa aux prises avec les institutions», in Schultheis F., Frauenfelder A., Delay C., Pigot N. et al. (sous la dir.), Les classes populaires aujourd'hui. Portraits de familles – Cadres sociologiques, Paris, L'Harmattan (Coll. «Questions sociologiques»), pp. 239–278

Giuliani F. (2009): «Eduquer les parents? Les pratiques de soutien à la parentalité auprès des familles socialement disqualifiées », Revue française de pédagogie, n°168, pp. 83–92

Garcia S. (2011): Mères sous influence. De la cause des femmes à la cause des enfants, Paris, La Découverte

Kellerhals J., Montandon C. (1991): Les stratégies éducatives des familles, Lausanne, Delachaux et Niestlé

Mucchielli L. (2008): «Une société plus violente? Une analyse socio-historique des violences interpersonnelles en France, des années 1970 à nos jours», Déviance et société, 32(2): 115–147

Prost A. (2004 [1981]): Histoire de l'enseignement et de l'éducation IV. L'école et la famille dans une société en mutation. Depuis 1930, Paris, Perrin

Schultheis F., Frauenfelder A., Delay D. (2007), Maltraitance. Contribution à une sociologie de l'intolérable, Paris: L'Harmattan (coll. «questions sociologiques»), Paris: L'Harmattan (coll. «questions sociologiques»)

Serre D. (2009), Les coulisses de l'Etat social. Enquête sur les signalements d'enfant en danger, Paris, Raisons d'agir

Service Santé Jeunesse (SSJ) (2003), Enfants en danger: activités du SSJ 2002-03, Rapport d'activité, Genève: Office de la jeunesse (DIP)

Tabin J.-P., Frauenfelder A., Keller V. et Togni C. (2010, 1^{ère} éd. 2008), Temps d'assistance. Le gouvernement des pauvres en Suisse romande depuis la fin du XIX^e siècle, Lausanne: Antipodes

Arnaud Frauenfelder

Kinder in Gefahr und Normen der Elternschaft: Eine soziologische Untersuchung hinter den Kulissen des Kinderschutzes

Abstract

Zivilisationen beruhen immer auf einer Gesamtheit von grundlegenden Regeln und Werten, deren Übertretung als untolerierbar angesehen wird. Am allerwenigsten tolerierbar erachten unsere westlichen, zeitgenössischen Zivilisationen zweifellos sämtliche Tatbestände, die dem Thema «schlechte Behandlung von Kindern» zugeordnet werden können. Das vorliegende Referat basiert auf einer Untersuchung über Abläufe und Begebenheiten in Genfer Institutionen, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Aus soziologischer Sicht will es den Prozess der Institutionalisierung von Kindsmisshandlungen als gesellschaftliches Problem und als Zielkategorie für Interventionen des Gemeinwesens in die Familiensphäre verstehen, wobei dieser Prozess manchmal Massnahmen der Fremdplatzierung nach sich ziehen kann.

Es geht darum, zu beschreiben, wie sich in Genf seit 1990 der Kampf gegen Misshandlung durch die Mobilisierung eines breiten Netzes von diversen Akteuren des Sozialbereichs zu einem «neuen» offiziellen Problem etabliert hat. Wir dokumentieren, wie sich diese öffentliche Wahrnehmung des Problems auf die alltägliche Praxis der Früherkennung auswirkt und wie sich bei beauftragten Fachleuten Besorgnisse über ein Kind «mit auffälligem Verhalten» äussern. Anschliessend wird aufgezeigt, dass die in der täglichen Praxis angewandten Betreuungsmethoden insbesondere zum Ziel haben, Normen für

die Elternschaft auf legitime Weise festzulegen. Meist drückt sich dies unterschwellig aus: über Ratschläge, die sich direkt an die betreuten Familien richten, oder auch über Notizen aller Art, die in Akten festgehalten werden.

Abschliessend beleuchten wir folgende Frage: Was bedeutet aus rein soziologischer Sicht die Institutionalisierung dieses gesellschaftlichen Problems, das nicht nur für den neu definierten Status des Kindes ein aufschlussreiches Indiz darzustellen scheint, sondern auch für eine neue, aus sozialen Gesichtspunkten nicht neutrale Definition von «guten» Eltern?

Autorinnen und Autoren Auteurs

Stefan Blülle

Erziehungsdepartement Basel-Stadt
Leiter Kinder- und Jugenddienst (KJD)
Département de l'instruction publique
de Bâle-Ville
Responsable du Service pour l'enfance
et la jeunesse

Nicole Bruggmann

Leiterin Institut PSI Schweiz, Zürich
Responsable de l'Institut PSI Suisse, Zurich

Andrea Mauro Ferroni

Leiter Sozialamt Graubünden
Präsident beratende Kommission des Vor-
standes der Konferenz der kantonalen Sozial-
direktorinnen und Sozialdirektoren SODK
Responsable Office social Grisons
Président de la commission consultative
du comité de la Conférence des directeurs et
directrices cantonaux des affaires sociales
CDAS

Prof. Dr. Arnaud Frauenfelder

Professeur, Haute école de travail social HES
Genève
Professor, Fachhochschule für Soziale Arbeit
FH Genf

Chantal D. König

Direktorin, Kantonale BEObachtungsstation
Bolligen
Directrice, Station cantonale d'observation
de Bolligen

Claudia Matti

Directrice Adjointe, Fondation Petitmaître,
Yverdon les Bains
Stellvertretende Leiterin, Stiftung Petitmaître,
Yverdon-les-Bains

Dr. Marc Schmid

Leitender Psychologe, Kinder- und Jugend-
psychiatrische Klinik, Forschungsabteilung der
Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel
Psychologue en chef, Clinique de psychiatrie
pour enfants et adolescents, Bâle

Impressum

Publikation Nr. 50

Umschlag/ Couverture Jenny Leibundgut
Layout/ Mise en page Focus Grafik, Zürich
Redaktion/ Rédaction Benjamin Shuler

Integras, Fachverband
Sozial- und Sonderpädagogik
Bürglistrasse 11
8002 Zürich
T 044 201 15 00
integras@integras.ch
www.integras.ch

Integras,
Association professionnelle pour l'éducation
sociale et la pédagogie spécialisée
Avenue de l'Eglise-Anglaise 6
1006 Lausanne
T 021 601 65 40
romandie@integras.ch
www.integras.ch